

Protokoll Einwohnerrat Wohlen

4. Sitzung vom 27. Juni 2022 von 19:00 bis 22:43 Uhr im Casino Wohlen

Vorsitz Cyrille Meier, Präsident

Protokollführung Michelle Hunziker, Gemeindeschreiber-Stv.

Präsenz **Einwohnerrat 19:00 – 19:30 Uhr**
Mitglieder des Einwohnerrats: 37
Absolutes Mehr: 19
Zweidrittelsmehr: 25

Einwohnerrat 19:30 – 22:45 Uhr
Mitglieder des Einwohnerrats: 38
Absolutes Mehr: 20
Zweidrittelsmehr: 26

Gemeinderat

Arsène Perroud, Gemeindeammann
Thomas Burkard, Vizeammann
Roland Vogt, Gemeinderat
Ariane Gregor, Gemeinderätin
Denise Strasser, Gemeinderätin

Weitere Anwesende

Christoph Weibel, Gemeindeschreiber
Jessica Wüest, Kanzlei
Marcel Christen, Bereichsleiter Sicherheit
Marco Veil, Chef Regionalpolizei
Roland Frick, Leiter Finanzen
Magnus Hoffmann, Leiter Soziale Dienste
Thomas Laube, Bereichsleiter Finanzen & Ressourcen
Gerold Brunner, Leiter Regionales Betriebsamt
Stefan Leuenberger, Bereichsleiter Planung, Bau & Umwelt
Nicole Brunner, Betriebsbeamtin Stv. II

Entschuldigungen

Laura Pascolin, SP, **anwesend ab 19.30 Uhr**
Jonathan Nicoll, SVP
1 Sitz FDP vakant

TRAKTANDEN

1. Eingänge und Mitteilungen
2. Dringliches Postulat 15024 betreffend Steuerfusserhöhungen zwingend mit Schuldenabbau
3. Geschäftsbericht mit Jahresrechnung 2021 (15017)
4. Bericht und Antrag 15021 – Erhöhung Stellenplan für das Jahr 2023:
 - Bereich Finanzen & Ressourcen – Betriebsamt
 - Bereich Gesellschaft, Soziales & Bildung – Schulsozialarbeit
 - Bereich Planung, Bau & Umwelt – Sekretariat
 - Bereich Planung, Bau & Umwelt – Liegenschaften & Anlagen (Hochbau)
5. Bericht und Antrag 15022 – Erhöhung Stellenplan im Bereich Planung, Bau & Umwelt – Liegenschaften & Anlagen (Hauswartung & Reinigung)
6. Bericht und Antrag 15023 – Ausserordentliche Erhöhung des Stellenplans aufgrund der Ukraine-Krise: Bereich Gesellschaft, Soziales & Bildung – Soziale Dienste
7. Kenntnisnahme Legislaturprogramm 2022-2025 (15020)
8. Antwort zur Anfrage 15003 zum Legislaturprogramm 2018-2021 des Gemeinderates Wohlen
9. ~~Postulat 14141 Outsourcing Hauswartungen und Reinigungen~~
 - ▶ *Verschiebung auf eine nächste Sitzung.*
10. ~~Motion 15001 Anpassung des Vergütungsreglements für politisch gewählte Personen im Hinblick auf die Legislatur 2022-2025~~
 - ▶ *Verschiebung auf eine nächste Sitzung.*

Cyrille Meier, Präsident:

Eingänge

Folgende Eingänge haben die Mitglieder des Einwohnerrates seit der letzten Sitzung vom 25. April 2022 zu verzeichnen:

- Einladung 4. Einwohnerratssitzung Montag, 27. Juni 2022
- Anfrage 15018 Regionalplanungsverband Unteres Bünztal (REPLA)
- Motion 15019 Grosskreisel Zentrum Wohlen
- Kenntnisnahme Legislaturprogramm 2022-2025 (15020)
- Bericht und Antrag 15022 Erhöhung Stellenplan im Bereich Planung, Bau & Umwelt – Liegenschaften & Anlagen (Hauswartung und Reinigung)
- Bericht und Antrag 15021 Stellenplan für das Jahr 2023 – Schulsozialarbeit, Betriebsamt, Planung, Bau und Umwelt
- Bericht und Antrag 15023 Ausserordentliche Erhöhung des Stellenplans aufgrund der Ukraine-Krise – Bereich Gesellschaft, Soziales & Bildung – Soziale Dienste
- Dringliches Postulat 15024 betreffend Steuerfusserhöhungen zwingend mit Schuldenabbau

Demission Francine Koch, FDP

Cyrille Meier, Präsident: Verliest das Rücktrittsschreiben.

Dringliches Postulat 15024 betreffend Steuerfusserhöhungen zwingend mit Schuldenabbau

Donat Ruedi, Die Mitte: Wir erachten die Dringlichkeit als gegeben, weil anlässlich im Oktober bereits die Budgetsitzung für das Jahr 2023 stattfindet. Wie bekannt ist, hat der Gemeinderat im Finanzplan auf das Jahr 2023 eine Steuerfusserhöhung von 2% vorausgesagt. Möchte man einen seriösen Bericht erstellen, dann benötigt es Zeit. Jetzt steht die Sommerpause bevor, es sollte möglich sein, einen solchen Bericht bis im Oktober zu erstellen. Aus dem genannten Grund sind wir der Meinung, dass die Dringlichkeit des Postulates gegeben ist. Es geht auch darum, dass man die Finanzen in Zukunft besser in den Griff bekommt und dass der im Finanzplan prognostizierte Schuldenberg wieder abgebaut werden kann. Es ist unverantwortlich, wenn unseren nächsten Generationen einen solchen Schuldenberg übergeben wird. Ich bitte Sie der Dringlichkeit zuzustimmen.

Strasser Denise, Gemeinderätin: Der Einwohnerrat kann im Rahmen von der Budgetberatung 2023 im Herbst 2022 über eine allfällige Steuerfusserhöhung entscheiden. Eine Überweisung dieses dringlichen Postulates wird zudem im Budgetprozess 2023 keine Auswirkungen mehr haben, denn dieser wurde bereits gestartet. Der Gemeinderat erachtet die Dringlichkeit somit als eindeutig nicht geben. Aus diesem Grund bitten wir Sie darum, der Dringlichkeit nicht zustimmen.

Fraktionsmeinungen

Stäger Dieter, FDP/Dorfteil Anglikon: Auch unsere Fraktion ist – wie Die Mitte – der Meinung, dass wir die Finanzen im Griff haben müssen und eine Steuerfusserhöhung nur erfolgen darf, wenn sie wirklich sehr gut begründet wird. Von der technischen Umsetzbarkeit sowie von der Kurzfristigkeit sehen wir jedoch die Dringlichkeit nicht als gegeben an. Aus diesem Grund werden wir sie ablehnen.

Sax Simon, GLP/EVP: Das vorgelegte Postulat, bei welchem die Dringlichkeit verlangt wurde, ist für uns inhaltlich in vorliegender Form nicht durchführbar. Wir stehen in einer Phase von grossen Investitionen und wenn wir uns jetzt selbst Einschränkung aufbürden, legen wir uns nur Fesseln an. Dies würde keinen Sinn ergeben. Es ist wichtig, dass in der Phase nach den grossen Investitionen der Steuerfuss nach wie vor so gewählt wird, dass für den Schuldenabbau genügend Geld vorhanden ist. Wir können somit die Dringlichkeit nicht unterstützen.

Einzelvoten

Donat Ruedi, Die Mitte: Es ist mir auch bewusst, dass der Budgetprozess wahrscheinlich bereits gestartet oder sogar abgeschlossen ist. Es jedoch vorliegend nicht darum geht den Budgetprozess zu ignorieren, sondern darum, dass man zusätzlich zu den Budgetzahlen auferlegt, dass in Zukunft die Steuererhöhungen, welche allenfalls vom Volk beschlossen werden, für den Schuldenabbau verwendet. Der Kanton setzt diese Schuldenbremse sehr erfolgreich ein. Es handelt sich um ein etwas anderes System. Jeder Rechnungsabschluss, welcher rote Zahlen bringt, muss in den darauffolgenden Jahren wieder abgebaut werden. Ich bitte den Gemeinderat und die Verwaltung sich mit diesem System zu beschäftigen und wie man es in Zukunft besser machen könnte. Die Schulden können so gezielt abgebaut werden. Im Grossen Rat gibt es eine erste und eine zweite Lesung. Es ist üblich, dass in einer ersten Lesung des Budgets, dem Regierungsrat jene Prüfungsaufträge erteilt. Ich bin der Meinung, dass es möglich ist, bis zur Behandlung des Budgets im Oktober, einen solchen Bericht, welcher die Vor- und Nachteile aufzeigt, zu Händen des Einwohnerrates zu erstellen.

Abstimmung über Dringlichkeit

Die Dringlichkeit des Postulates 15024 wird mit 10 Ja-Stimmen zu 25 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.

Jahresrechnung

Sax Simon, Präsident FGPK: Die FGPK bedankt sich herzlich bei allen involvierten Personen seitens der Verwaltung und des Gemeinderats. Die Jahresrechnung wurde uns präsentiert und alle unsere Fragen wurden beantwortet. Ebenso bedanken wir uns für die Arbeit der Revisionsstelle, Gruber und Partner. Die Revisionsstelle ist insbesondere für die fachtechnische Prüfung von der Jahresrechnung zuständig. Gerne möchte ich zwei Präzisierungen zu unserem FGPK Erläuterungsbericht anbringen. Wir waren der Meinung, dass wir betreffend der Jahresrechnung 2021 ARA eine Revision durchführen müssen und einen entsprechenden Bericht zu verfassen haben. Inzwischen wissen wir jedoch, dass die neuen Satzungen gelten und dass die eigenen Revisoren der ARA für diese Prüfung verantwortlich sind. Die entsprechende Prüfung wurde auch bereits durchgeführt. In diesem Punkt waren wir also nicht ganz präzise. Beim zweiten Punkt geht es um die Ausführungen der erhaltenen Mehrwertabgaben über CHF 3.4 Mio. In der Erfolgsrechnung ist die Mehrwertabgabe als Ertrag verbucht worden und gleichzeitig wieder belastet worden, weil die Mehrwertabgabe in einem speziellen Fonds zugewiesen werden muss. In der Erfolgsrechnung stellt es somit ein Nullsummenspiel dar. In der Liquiditätsbetrachtung und auch in der Selbstfinanzierung ist die Mehrwertabgabe jedoch ein ausserordentlicher Zugang und gilt als Ertrag. Wir entschuldigen uns in diesen beiden Fällen für die Unklarheiten.

Der Bestätigungsbericht zur Jahresrechnung 2021 konnte von unserer Seite unterzeichnet werden. Wir empfehlen die vorliegende Jahresrechnung 2021 zur Genehmigung. Das erzielte Jahresergebnis zeigt sich gegenüber dem Budget erfreulich. Der budgetierte Gewinn von CHF 146'000 ist mit einem Ergebnis von CHF 1.85 Mio. übertroffen worden. Im Vergleich mit dem Vorjahr – damals gab es einen Ertragsüberschuss von CHF 4.2 Mio. – fällt das aktuelle Ergebnis aber deutlich tiefer aus. Wie in den Vorjahren müssen wir auf folgende Punkte hinweisen. In der Jahresrechnung 2021 sind Zahlungen für den Finanzausgleich im Umfang von CHF 4.6 Mio. enthalten. Das sind also einige Steuerprozente, welche der Gemeinde aus dem Finanzausgleich zufließen. Wie jedes Jahr gibt es die Einnahmen oder Entnahmen aus der Aufwertungsreserven. Diese beträgt CHF 1.8 Mio. und stellen einen rein buchhalterischen Betrag dar. Leider liegt der pro Kopfsteuerertrag nach wie vor deutlich unter dem kantonalen Mittel. Diesem Thema ist weiterhin viel Aufmerksamkeit zu schenken. Als weiteren Punkt muss man festhalten, dass die wirklich grossen Investitionen erst bevorstehen. Unsere Selbstfinanzierung wird bei weitem nicht ausreichen, um diese bezahlen zu können. Das hat dann zur Folge, dass unsere Investitionen, respektive Schulden, kontinuierlich ansteigen werden. Per Jahresende 2021 betragen die Schulden unverändert CHF 55.2 Mio. Das mag mit den aktuell moderaten, aber in der Zwischenzeit doch schon gestiegenen Zinsen als vertretbar erscheinen, wird aber bei einem bei weiteren Zinsanstieg sehr ungemütlich oder gar bedrohend.

An dieser Stelle möchte ich noch der Blick auf den Kantonsvergleich werfen. Wir haben im Erläuterungsbericht diese Aussagen etwas mehr gewichtet. Es handelt sich um die Jahre 1988 bis 2020 – also eine Auswertung über einen Zeitraum von 32 Jahren. Die Zahlen sind pro Einwohner und können somit mehr oder weniger über alle Gemeinden verglichen werden. Die Gemeinde Wohlen wies in diesen 32 Jahren Nettoinvestitionen von CHF 369.00/Einwohner auf. Beim Kanton sind es CHF 497.00/Einwohner, also pro Einwohner knapp CHF 130.00 mehr. In diesen 32 Jahren hatte Wohlen eine Selbstfinanzierung von 69,1%. Der Kanton hatte im selben Zeitraum im Durchschnitt 93,6% – also fast 100%, was der Idealfall darstellt. Mit 100% ist man in der Lage die Investitionen selbst zu finanzieren.

Die Steuerkraft der Gemeinde Wohlen im Jahr 2020 lag, bezogen auf die natürlichen Personen, bei genau CHF 2'000.00. Der Kanton weist einen Betrag von CHF 2'501.00 auf, also rund CHF 500.00 mehr als die Gemeinde Wohlen. Diese Zahlen belegen nach unserer Meinung, dass Wohlen in der Vergangenheit unterdurchschnittlich investierte und die unterdurchschnittlichen Investitionen, aufgrund der tiefen Steuerkraft, nur ungenügend selbst finanziert werden konnte. Die FGPK ist der Meinung, dass die Aussagen die finanzielle Situation von Wohlen sehr gut beschreiben.

Die FGPK hat die Prüfungen abgeschlossen und ist der Meinung, dass die Jahresrechnung 2021 zur Genehmigung empfohlen werden kann.

Bezüglich der vom Gemeinderat beantragten Abschreibung der vier Vorstösse nimmt die FGPK keine Haltung ein. Die FGPK behandelt grundsätzlich keine Vorstösse und verzichtet somit auch auf eine Empfehlung diesbezüglich.

An dieser Stelle teile ich mit, dass sich die seitens der FGPK getätigten Ausführungen weitgehend mit derjenigen der GLP/EVP decken. Es wird also von unserer Fraktion zur Jahresrechnung 2021 niemand mehr etwas sagen.

Geschäftsbericht

Meyer Hans Rudolf, FGPK: Mit dem vorliegenden Geschäftsbericht erhalten wir einen guten Einblick in die Tätigkeit der Gemeinde Wohlen. Es sind die Geschäfte, welche durch den Einwohnerrat behandelt wurden, eingegangene Vorstösse, aber auch solche, welche teilweise seit längerer Zeit pendent sind, ersichtlich. Ganz interessant und aufschlussreich sind die Statistiken. So wissen wir Bescheid über die Arbeiten des Betriebsamtes, der Einwohnerkontrolle, die Einsätze der Regionalpolizei und der Feuerwehr sowie über viele andere Aufgaben, welche die Gemeinde zu bewältigen hat. Einen guten Einblick erhalten wir auch in die Tätigkeiten bezüglich Gesellschaft, Jugend & Alter, Kultur, Sport, Planung & Bau, der Ortsentwicklung und in die Abfallbewirtschaftung. Man erkennt, dass im letzten Geschäftsjahr in allen Abteilungen viel geleistet worden ist. Die Erstellung des Geschäftsberichts braucht aber auch viele personelle Ressourcen, welche vielleicht anders wo besser hätten eingesetzt werden können. Im Grossen und Ganzen ist der Geschäftsbericht informativ, aufschlussreich und ein gutes Nachschlagewerk. Wir möchten nicht auf ihn verzichten, können uns aber auch vorstellen, dass er etwas weniger umfangreich gestaltet wird.

Etwas gewöhnungsbedürftig empfinden wir die Antragsstellung betreffend der Abschreibungen der Vorstösse auf Seite 91. Einerseits ist es ungewöhnlich, mit dem Geschäftsbericht Motionen und Postulate abzuschreiben, andererseits macht es Sinn, mit wenig Aufwand die alten Vorstösse abzuarbeiten, sofern sie sich erledigt haben. Ein Verweis, dass auf Seite 10 die Begründungen dazu aufgeführt sind, wäre vielleicht übersichtlicher gewesen. Die FGPK dankt allen Abteilungen für ihre Beiträge zum Geschäftsbericht. Wir nehmen ihn einstimmig zur Kenntnis.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: An dieser Stelle danke ich herzlich für die Ausführungen der FGPK-Sprecher. Einen besonderen Dank möchte ich an alle Mitarbeitenden der Gemeinde Wohlen aussprechen. Sie leisten jeden Tag sehr viel und dies oft unter nicht einfachen Umständen. Wir alle kennen die Herausforderungen, welche zu meistern sind. Wir kennen aber auch die Ressourcen und Mittel, welche dafür zur Verfügung stehen. Aus diesem Grund sind wir sehr froh, dass wir eine solch motivierte und kompetente Truppe am Start haben können, welche die verschiedenen Aufgaben Tag für Tag erfüllen. Ich bitte die Abteilungs- und Bereichsleitenden den Dank so an die Mitarbeitenden weiterzugeben.

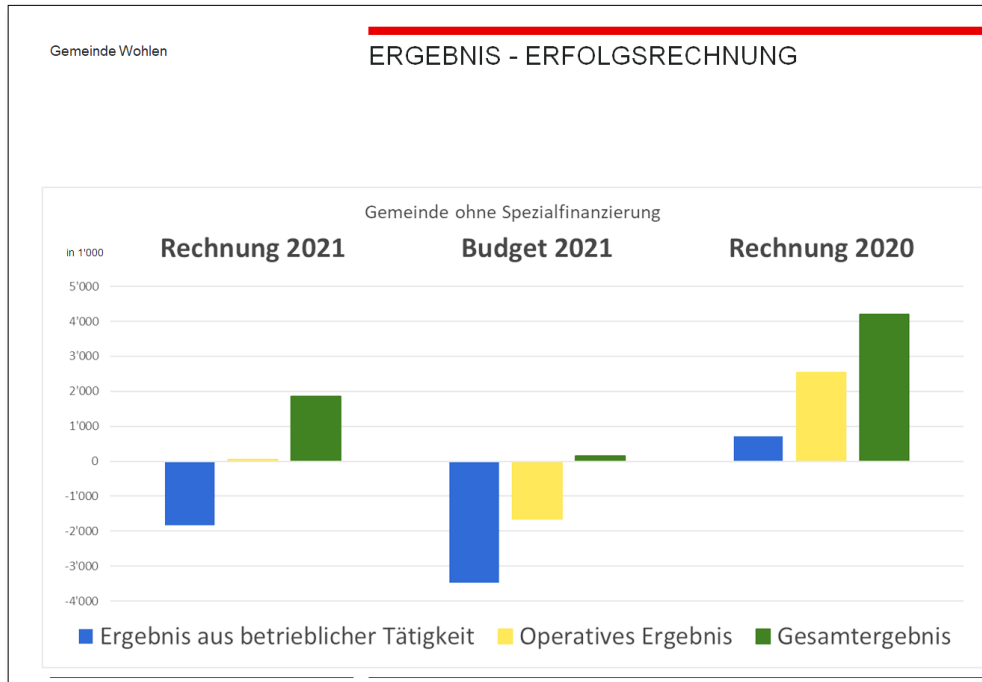
Der Geschäftsbericht 2021 zeigt wiederum auf, wie vielfältig die Tätigkeiten der Gemeindeverwaltung Wohlen sind und was alles umgesetzt wird. Von unspektakulären Sachen hin zu sehr spannenden Grossprojekten wird alles dargestellt. Leider müssen wir – aus Platzgründen – immer wieder auf gewisse Inhalte verzichten. Der Umfang des Berichts würde ansonsten noch viel grösser werden. Es können somit nicht alle Berichte abgedruckt werden, aber wir versuchen das Beste zu geben.

Der Geschäftsbericht zeigt auch auf, was mit den vorhandenen Steuermitteln – welche immer wieder zur Diskussion stehen – umgesetzt wird. Aufgezeigt werden die gesetzlichen Aufgaben, welche die Gemeinde zu erfüllen hat. Aus diesem Grund stellt der Geschäftsbericht für den Gemeinderat ein sehr wichtiges Werk dar, um die Legitimation der Arbeit der Gemeindeverwaltung aufzuzeigen.

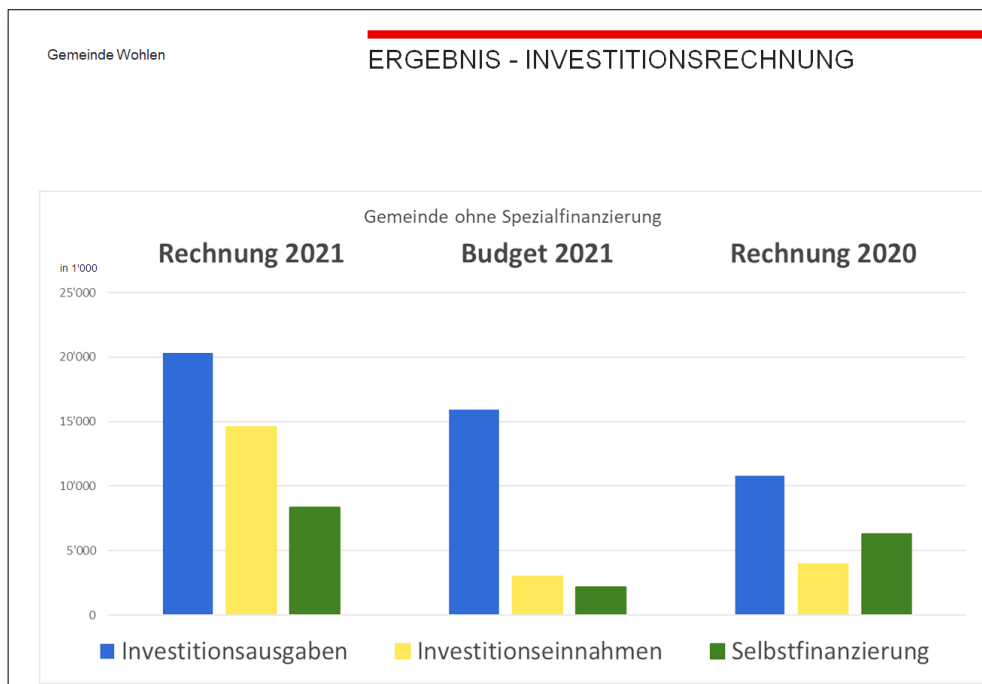
Wie der Sprecher der FGPK richtig erwähnt hat, werden die Begründungen bezüglich der beantragten Abschreibungen der Vorstösse auf der Seite 10 im Geschäftsbericht aufgeführt. Ein entsprechender Titel im Dokument weist auch darauf hin. Der Gemeinderat war der Ansicht, dass dieser Hinweis ausreichend ist. Wir gingen davon aus, dass der Geschäftsbericht von vorne nach hinten durchgelesen wird und man den Weg an den Begründungen automatisch findet. Wir nehmen jedoch das Anliegen auf und werden einen zusätzlichen Verweis prüfen. Eine Abschreibung von Vorstössen im Rahmen des Geschäftsberichtes ist kein unübliches Vorgehen und wurde in den vergangenen Jahren immer wieder einmal so gemacht. Als Grundlage dient § 43 des Geschäftsreglements des Einwohnerrates. Dem Gemeinderat ist es ein Anliegen, dass man möglichst ein effizientes Vorgehen wählt und Vorstösse, welche erledigt sind, so abschreibt. Auf die vier Vorstösse gehe ich gerne im Einzelnen ein, falls die Abschreibungen bestritten werden oder falls es noch Fragen dazu gibt. In dem Sinne danke ich herzlich für die positive Entgegennahme des Geschäftsberichts 2021.

Jahresrechnung

Strasser Denise, Gemeinderätin: Vieles wurde durch den Präsidenten der FGPK schon erläutert. Ich werde mich aus diesem Grund etwas kürzer halten.



Wir freuen uns ein positives Ergebnis präsentieren zu können. Mit dem Ertragsüberschuss von CHF 1.9 Mio. wurde das Vorjahresergebnis von CHF 4.2 Mio. übertroffen. So dürfen wir zum wiederum einen Erfolg ausweisen. Die Verbesserung gegenüber dem ausgewiesenen Ertragsüberschuss im Budget von CHF 146'000 beträgt somit CHF 1.7 Mio. Das Operative Ergebnis vor der Auflösung der Aufwertungsreserve beträgt CHF 50'000. Es ist wichtig, dass wir auch ohne Aufwertungsreserve ein Plus schreiben können. Die Spezialfinanzierungen Abfall- und Abwasserbeseitigung schreiben ebenfalls Ertragsüberschüsse. Die beiden Spezialfinanzierungen Sprachheilkindergarten und Heilpädagogische Schule schreiben geringe Aufwandüberschüsse.



Die Investitionsausgaben wurden zu 77% des Budgets getätigt. Die Investitionsrechnung entspricht nicht mehr dem Budget, da Verpflichtungskredit erst nach der Erarbeitung des Budgets vom Einwohnerrat bewilligt worden sind. Zudem sind die Kreditabrechnungen vom Schwimmbad und der Eishalle erstellt worden und haben ihre Auswirkung. Aufgrund dieser Abrechnung sind weitere Einnahmen in die IR geflossen. Die Nettoinvestitionen betragen noch CHF 4.1 Mio. gegenüber dem Budget von CHF 15.1 Mio. Die Selbstfinanzierung beträgt gute CHF 8.3 Mio. und entspricht einem Selbstfinanzierungsgrad von hohen 146%.

Gemeinde Wohlen	BESONDERES
Rückstellungen	
<ul style="list-style-type: none"> – Abrechnung Sportpark Bünzmatt AG – Kosten Covid 19 – Erhöhung Mehrleistungen des Personals (Ferien- und Überzeitguthaben) Repol und Werkhof (erstmalig enthalten aufgrund eigener Kontrolle) 	
Beteiligung Sportpark Bünzmatt AG	
<ul style="list-style-type: none"> – Wertberichtigung um CHF 1 Mio. Verlustvortrag in der Bilanz auf den 31. März 2021 CHF 727'664 	
Ertrag aus Mehrwertabschöpfung – Einlage in Fonds Mehrwertabschöpfung	
<ul style="list-style-type: none"> – Ausgleich eines Planungsmehrwertes einer Umzonung von Landwirtschaftsland 	

Die Sportpark Bünzmatt AG hat ihre Abrechnung für Covid-19-Kosten nachgeführt. Entsprechend ist die Rückstellung von CHF 166'000 auf CHF 580'000 erhöht worden. Die Ferien- und Überzeitguthaben des Gemeindepersonals hat sich von CHF 377'000 um CHF 183'000 auf CHF 560'000 erhöht. Bisher waren nur die Calitime-Auswertungen berücksichtigt. Neu sind auch die Repol und der Werkhof aufgenommen worden. Die Erhöhung erfolgt aufgrund dieser beiden Abteilung, Regionalpolizei CHF 125'000 und Werkhof CHF 57'000. Bisher erfolgt auf der Beteiligung der Sportpark Bünzmatt AG keine Wertberichtigung. Zulasten der Rechnung 2021 ist, aufgeteilt auf die beiden Funktionen Schwimmbad und Eishalle, eine Berichtigung von je CHF 500'000 erfolgt. Der Ertrag aus der Mehrwertabschöpfung beträgt CHF 3.4 Mio.

Gemeinde Wohlen	FINANZIERUNG / NETTOSCHULD SELBSTFINANZIERUNG / NORMSTEUERERTRAG
<ul style="list-style-type: none"> – Darlehensschulden unverändert – Liquidität konnte gehalten werden – Nettoschuld verringert – Selbstfinanzierung hoch <ul style="list-style-type: none"> • + Ertragsüberschuss • + Abschreibungen • + Wertberichtigung • + Mehrwertabschöpfung • - Entnahme Aufwertungsreserve – Normsteuerertrag höher 	

Die Darlehensschuld bleibt unverändert, langfristig CHF 50 Mio. Die Nettoschuld konnte von CHF 27.6 Mio. um CHF 2.3 Mio. auf CHF 25.3 Mio. reduziert werden. Die Abrechnung der Bauprojekte mit der Sportpark Bünzmatt AG, die Mehrwertabschöpfung, tragen massgeblich dazu bei. Trotz des geringeren Ertragsüber-

schusses gegenüber dem Vorjahr konnte eine Selbstfinanzierung, wie letztmals im Jahr 2018 mit Aufwertung Liegenschaften im Finanzvermögen erreicht werden. Der Ertrag wurde geschmälert mit der zusätzlichen Wertberichtigung auf der Beteiligung Sportpark Bünzmatt AG. Dann beeinflusst auch die Mehrwertabschöpfung die Selbstfinanzierung. Der berechnete Normsteuerertrag bei unverändertem mittleren Steuerfuss von 102% sollte CHF 2'356 betragen und sich somit um CHF 58 erhöhen (Vorjahr 2'298).

Fraktionsmeinungen

Keller Anna, Grüne: Wir danken einmal mehr für den Geschäftsbericht, welcher sehr umfangreich ist, weil in einem Jahr immer ungeheuer viel geleistet wird. Seien es die schneebedeckten Strassen, welchen einen grossen Effort benötigen, um wieder benutzbar zu sein oder sei es die Reinigungskräfte, welche während der Pandemie unzählige Zusatzstunden gearbeitet haben, um in den Schulen nicht nur zu putzen, sondern auch zusätzlich zu desinfizieren. Oder auch die Angestellten in der Verwaltung, welche unsere Vorstösse bearbeiten oder die IT betreuen. Sicher auch die Lehrkräfte auf allen Stufen, die Regionalpolizei, die Kulturverantwortlichen, die Feuerwehr usw. Sie merken, ich könnte noch ganz viel aufzählen. Wir danken allen, welche ihren Beitrag leisten, so dass das vielfältige Gebilde «Gemeinde Wohlen» wächst und gedeiht.

Wie die FGPK bei der Jahresrechnung ausgeführt und bestätigt hat, wurden unsere Finanzen korrekt geführt. Wie wir jedoch alle wissen, müssen wir unsere Gelder im Auge behalten. Wir werden die Jahresrechnung und den Geschäftsbericht entgegennehmen und genehmigen.

Bezüglich der Abschreibungen der Vorstösse möchte ich insbesondere beim von mir eingereichten Postulat 13081 betreffend neue Öffnungszeiten bei der Verwaltung empfehlen, es nicht abzuschreiben. Sieben Jahre lang wurde ich mit dem Hinweis auf das neu zu errichtende Bürgerbüro getröstet. Jetzt wird das im Moment sistiert, ohne dass sich an den Öffnungszeiten für die Bürgerinnen und Bürger in Wohlen auch nur ein kleines bisschen was verändert hat. Aber wer auswärts arbeitet und einen Termin auf der Gemeindeverwaltung braucht, der hat immer noch das gleiche Problem. Er oder sie geht manchmal zu früh weg und kommt spät zurück. Meines Erachtens wäre es auch ohne einen grösseren Aufwand möglich, zum Beispiel am Montag oder an einem anderen Tag, die Öffnungszeit, um eine halbe oder eine Stunde zu verlängern, das heisst bis 19.00 Uhr oder 19.30 Uhr. Dafür könnte man am Morgen später öffnen. Das hätte keine längeren Öffnungs- bzw. mehr Arbeitszeiten zur Folge, sondern wäre lediglich anders verteilt. Unterstützen Sie deshalb die Aufrechterhaltung des Postulats zusammen mit der Aufforderung, dass das möglichst bald umgesetzt wird. Dann kann das Postulat auch abgeschrieben werden. Die Abschreibungen der anderen drei Vorstösse werden durch uns unterstützt.

Hauri Claudia, SVP: Wir danken der Gemeindeverwaltung und allen Mitarbeitenden für die ausführlichen und wertvollen Informationen im Geschäftsbericht 2021. Die Jahresrechnung 2021 hat mit einem Ertragsüberschuss von CHF 1.9 Mio., also rund CHF 1.7 Mio. besser als budgetiert abgeschlossen werden können. Ein erfreuliches Resultat. Die grösste positive und die grösste negative Abweichung gegenüber dem Budget sind CHF 2.1 Mio. höhere Steuereinnahmen und CHF 1.4 Mio. höhere Aufwände beim Sportpark Bünzmatt. CHF 1 Mio. ist für die Wertberichtigung und CHF 400'000 für eine Rückstellung für Covid-19-Kosten im letzten Geschäftsjahr. In der Zwischenzeit liegt der definitive Abschluss des Sportpark Bünzmatt vor und es hat sich gezeigt, dass die Rückstellungen zu hoch sind. Wir sehen aktuell keinen Handlungsbedarf für eine akute Steuererhöhung.

Wir fragen uns, wie die Gemeinde Wohlen im Vergleich zu den anderen aargauischen Gemeinden dasteht. Aussagekräftiger sind die Entwicklungen über mehrere Jahre. Zwei Kennzahlen:

1. Die Zunahme der Steuerkraft von natürlichen Personen in den Jahren 2011 bis 2021 beträgt in Wohlen +5%, Aargauer Gemeinden +9.1%. Wohlen liegt damit um 45% unter dem Durchschnitt.
2. Die Selbstfinanzierung der Nettoinvestitionen in den Jahren 1988 bis 2020 (ohne das Jahr 2021, da es aufgrund der Mehrwertabschöpfung nicht aussagekräftig ist). Wohlen CHF 225.00/Einwohner, Aargauer Gemeinden CHF 465.00/Einwohner. Wohlen liegt auch hier erneut 52% unter dem Durchschnitt.

Für uns sind die beiden Beispiele selbstsprechend und wir finden es störend, dass der Gemeinderat und das Gremium Einwohnerrat diesen Zustand einfach so akzeptieren und nicht handeln. In jedem Unternehmen wären längst Massnahmen ergriffen worden. Dies auch obwohl der aktuelle Abschluss des Jahres 2021 gegenüber dem Budget erfreulich ist.

Wir sehen die zwei folgenden Faktoren als grösstes Risiko für die Zukunft:

1. Die Erhöhung vom Zins des Zinsniveaus. Das ist leider in der Zwischenzeit realistisch. Bei den Finanzverbindlichkeiten von CHF 55.2 Mio., gemäss der Jahresrechnung, hat eine Zinserhöhung von nur 1% Mehrkosten von CHF 500'000 zur Folge. Das entspricht knapp 2% vom aktuellen Steuerfuss.
2. Reell ist inzwischen auch die Teuerung der geplanten Investitionen. Hier denkt man vor allem an das Schulhaus Halden.

Aus diesem Grund richten wir einen Appell an alle. Wir wissen, dass wir investieren müssen. Aber bitte mit Prioritäten. Nicht zu schnell. Wir müssen auch die Zinslast und das Refinanzieren tragen können.

Dietrich Stefanie, Die Mitte: Zuerst möchte ich mich für den ausführlichen und spannenden Jahresbericht und die Rechnung bei allen Mitwirkenden bedanken. Der Bericht ist wie jedes Jahr ein sehr gutes Nachschlagewerk. Die Stellungnahmen zu den pendenten Vorstössen sind für uns Einwohnerräte immer sehr wertvoll. So sehen wir, wie der Stand der Dinge ist. Jedoch die Art der Abschreibung von Motionen und Postulaten haben uns auch ein bisschen verwirrt. Wir sind der Meinung, dass eine Diskussion im Rat auf jeden Fall Platz haben muss und die Motionäre zu Wort kommen sollen. Wie ich jedoch von Arsène Perroud erfahren habe, ist dies heute auch der Fall. Eine Motion oder ein Postulat soll aber auch erst dann abgeschrieben werden, wenn es wirklich umgesetzt ist. Die Mitte hat etwas im Geschäftsbericht vermisst. Und zwar unsere Motion, welche bis heute nicht versendet worden ist und bei welcher bereits zwei Beschwerden nach Aarau gesendet wurden. Dies gehört auch in einen Jahresbericht. Die Motion 14002 zum Thema Isler-Areal im Baurecht abzugeben, ist vor vier Jahren an Gemeinderat überwiesen worden. Wir haben bis heute keinen Bericht und Antrag dazu erhalten. Man kann zwar auf der Seite 9 lesen, dass da noch etwas kommen sollte. Wir sind gespannt.

Es sieht zwar so aus, als hätte Wohlen einen guten Jahresabschluss, doch eigentlich liegt das Gesamtergebnis ohne die Mehrwertabgabe nicht im positiven Bereich, sondern anderthalb Millionen darunter. Der Schuldenberg steigt und steigt und leider verbessert sich die Steuerkraft der natürlichen Personen auch nicht. Wir müssen weiter investieren, das ist klar für uns. Es gibt einige Projekte, welche endlich umgesetzt werden müssen. Es gibt verschiedene Möglichkeiten Einnahmen zu generieren. Zum Beispiel die Steuerkraft zu erhöhen. Für das müssen wir aber auch einige Rädchen drehen, wie zum Beispiel am Standortmarketing. Ich habe kürzlich am Aargauer Tourismuskongress in Zofingen teilgenommen. An diesem Anlass hat der bekannte Werber Dennis Lück, welcher in Wohlen wohnt, erzählt, dass die Wohler Einwohner sehr zurückhaltend antworten, wenn sie gefragt werden, wo sie wohnen. Das sollte doch nicht so sein. Man sollte sagen können «ich bin von Wohlen und das ist ein Superwohnoort». Damit hat er doch recht. Es sollte unser Ziel sein, Wohlen attraktiv zu machen, damit wir und vor allem auch die nächsten Generationen stolz sein können. Die Fraktion Mitte genehmigt den Geschäftsbericht und der Rechnung 2021.

Meier Valentin, SP: Als erstes möchten wir uns bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, welche im Dienst der Gemeinde Wohlen stehen, ganz herzlich bedanken. Insbesondere das letzte Jahr verlange, verursacht durch die Corona-Pandemie, eine grosse Flexibilität, Pragmatismus und erforderte ein ich einlassen auf neue Situationen. Der umfangreiche Geschäftsbericht zeigt sehr gut auf, was jeden Tag in unserer Lieblingsgemeinde geleistet wird. Den Weg, im Rahmen des Geschäftsberichtes, hängige Vorstösse abschreiben zu können wir in Ordnung finden, sofern die Begründung gut dargestellt werden kann. Nachdem wir auch jetzt allen Parteien wertschätzende Worte an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gehört haben, so hoffen wir doch schwer, dass dieser ausgedrückten Schätzwertschätzung auch in den kommenden Traktanden, mit den zugehörigen Entscheiden, Rechnung getragen wird.

Bezüglich der Rechnung möchte die SP auf den weiterhin ungenügenden Fiskalertrag hinweisen. Dieser sollte hinsichtlich der grösseren Investitionen unbedingt weiterhin beobachtet werden. Entlastend für unsere Gemeindekasse wäre beispielsweise eine verursachergerechte Abfallbewirtschaftung, für welche hoffentlich dieses Jahr noch eine gangbare Lösung gefunden wird. Die Fraktion der SP Wohlen wird der Geschäftsbericht und die dazugehörige Rechnung einstimmig genehmigen.

Stäger Dieter, FDP/Dorfteil Anglikon: Auch wir sagen herzlichen Dank an die Mitarbeitenden und an die Behördenmitglieder, welche einen grossen Effort geleistet haben für die wertvolle Geschichtsschreibung. Ich muss meinen Vorredner zustimmen. Die Gemeindemitarbeitenden haben zunehmend den Druck flexibel sein und viel schneller auf Herausforderung reagieren zu müssen. Dies sieht man derzeit sehr gut bei der Ukraine-Krise.

Ich beziehe mich vor allem auf die Zahlen der Gemeinde ohne Spezialfinanzierungen, also den Teil, welcher ausschliesslich über Steuergelder finanziert wird. Vor einem Jahr haben wir uns über einen Ertragsüberschuss von CHF 4.2 Mio. gefreut, waren jedoch etwas skeptisch bezüglich der Nachhaltigkeit. Das vorliegende Resultat zeigt nun auch, dass es nicht nachhaltig gewesen ist. Mit CHF 1.8 Mio. ist das Resultat zwar immer noch CHF 1.7 Mio. besser als budgetiert, aber es zeigt sich dennoch um CHF 2.3 Mio. schlechter als im Vorjahr. Das operative Ergebnis schliesst mit einem symbolischen Überschuss von CHF 50'000 ab. Das betriebliche Ergebnis – und diese Zahlen sollten uns interessieren – schliesst mit einem Minus von CHF 1.8 Mio. ab. Das ist sogar CHF 2.5 Mio. tiefer als im Vorjahr. Diese Zahlen sind unerfreulich. Ich glaube zudem nicht, dass eine Besserung in Sicht ist. Der Gemeinderat ist deshalb sehr dringend gefordert Antworten zu finden. Dies bevor die hohen Abschreibungen der laufenden Investitionen und das erhöhte Zins hinzukommen. Dasselbe gilt für die Kennzahlen, welche im Moment gut aussehen. Aber lassen wir uns nicht täuschen. Die Aussichten sind nicht sonderlich rosig. Die Fraktion FDP/Dorfteil Anglikon sagt trotzdem einstimmig ja zur Jahresrechnung und zum Geschäftsbericht und dankt an dieser Stelle nochmals. Wir stimmen auch der Abschreibung der vier Vorstössen zu. Auch uns hat das Vorgehen auch etwas irritiert und wir würden doch gerne über jeden Vorstoss diskutieren können im Rat.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Es irritiert mich etwas, dass niemand ein Votum halten möchte. Dies wäre genau der richtige Zeitpunkt, um beispielsweise über die Abschreibung der bereits genannten Vorstösse zu sprechen. Selbstverständlich soll über jeden Antrag bezüglich Abschreibung eines Vorstosses diskutiert werden können. Ich bitte Sie bei Bedarf von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen – wir stehen Ihnen gerne Rede und Antwort.

Abstimmung

Dem gemeinderätlichen Antrag

1. *Entgegennahme und Genehmigung der Jahresrechnung 2021*

wird einstimmig zugestimmt (1 Person befindet sich nicht im Saal).

2. *Entgegennahme und Genehmigung des Geschäftsberichtes 2021*

wird einstimmig zugestimmt (1 Person befindet sich nicht im Saal).

3. *Abschreibung der folgenden Vorstösse gemäss § 43 des Geschäftsreglements des Einwohnerrats Wohlen:*

3.1 *Motion 13001, Edwin Brunner und Christian Lanz, SVP, betreffend gemeindeeigene Mietobjekte – Bewirtschaftung Mietverträge und Anpassung Miet- sowie Pachtzinse (14.01.2014)*

wird mit 25 Ja-Stimmen zu 10 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen zugestimmt. (1 Person befindet sich nicht im Saal).

3.2 *Postulat 13081, Anna Keller, Grüne, betreffend neue Öffnungszeiten bei der Verwaltung (30.10.2015)*

wird mit 21 Ja-Stimmen zu 15 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung zugestimmt. (1 Person befindet sich nicht im Saal).

3.3 *Postulat 14003, Magdalena Küng, Grüne betreffend Vergabe von gemeindeeigenen Bauland im Baurecht (02.02.2018)*

wird mit 37 Ja-Stimmen zu 1 Nein-Stimmen zugestimmt.

3.4 *Postulat 14081, Roland Büchi, SVP, betreffend Schaukasten vor dem Gemeindehaus (20.03.2020)*

wird einstimmig zugestimmt.

Bericht und Antrag 15021 – Erhöhung Stellenplan für das Jahr 2023

- **Bereich Finanzen & Ressourcen – Betriebsamt**
- **Bereich Gesellschaft, Soziales & Bildung – Schulsozialarbeit**
- **Bereich Planung, Bau & Umwelt – Sekretariat**
- **Bereich Planung, Bau & Umwelt – Liegenschaften & Anlagen (Hochbau)**

Parvex Olivier, FGPK: Insgesamt geht es in diesem Antrag um 270 Stellenprozent, aufgeteilt auf vier verschiedene Funktionen in drei Gemeindeabteilungen. All diese Stellenerhöhungen sind im Finanzplan 2023-2032 angekündigt worden. Dies hat der Einwohnerrat an seiner letzten Sitzung zur Kenntnis genommen. Der Bericht und Antrag ist ausführlich und detailliert formuliert. Die Überlegungen der Verwaltung und dem Gemeinderat sind gut nachvollziehbar.

Bereich Finanzen & Ressourcen – Betriebsamt – Stellenerhöhung um 60%

Mit der Übernahme der beiden Betriebsämtern Sarmenstorf und Uezwil gibt es entsprechend mehr Betreibungen für das Betriebsamt. Diese Stellenerhöhung wird durch die Betreibungsgebühren finanziert und belastet die Gemeindekasse nicht. Im Gegenteil, es bringt eventuell sogar noch einen Gewinn für die Gemeinde. Die FGPK wollte von den Verantwortlichen wissen, ob für die zusätzliche Stelle räumlich noch Platz im Betriebsamt zur Verfügung steht. Das sei kein Problem, haben uns die Verantwortlichen versichert. Die Stellenerhöhung für das Betriebsamt ist aus diesem Grund in der Finanz und Geschäftsprüfungskommission unbestritten gewesen.

Bereich Gesellschaft, Soziales & Bildung – Schulsozialarbeit – Stellenerhöhung um 60%

Die Schulsozialarbeit ist laut Ausführungen des Gemeinderats seit Jahren unterdotiert. Zu diesem Schluss kommen auch Fachorganisationen, welche im Bericht und Antrag zitiert werden. Laut diesen Fachorganisationen müsste das Pensum bei der Schulsozialarbeit um satte 320 Stellenprozent erhöht werden. Der Gemeinderat beantragt 60 Stellenprozent. Das finden wir in der Kommission vernünftig. Mit der Stellenerhöhung soll die Schulsozialarbeit neu eine Leitung bekommen. Die Führungs- und Organisationsarbeit teilen die Schulsozialarbeiterin im Moment untereinander auf. Die Wichtigkeit von der Schulsozialarbeit ist für die FGPK unbestritten. Gerade zur Entlastung von den Lehrpersonen und für die Aufrechterhaltung von einem geordneten Schulbetrieb. In der Diskussion gab es auch Voten, welche zum Ausdruck brachten, dass man sich auch eine grössere Pensumserhöhung gewünscht hätte, zum Beispiel um 80 Stellenprozent. Weiter ist auch das Anliegen formuliert worden, dass die zusätzlichen Stellenprozent nicht nur für die Verwaltungsaufgaben bei der Leitung gebraucht werden, sondern dass ein Teil von diesen beantragten Stellenprozent auch tatsächlich den Schülern zugutekommt. Das hat uns der Gemeinderat versichert. Die Stellenerhöhung um 60 Prozent bei der Schulsozialarbeit ist in der FGPK unbestritten gewesen.

Bereich Planung, Bau & Umwelt – Sekretariat – Stellenerhöhung um 50%

Wie der Gemeinderat im Bericht ausführt, ist das Sekretariat von der PBU überlastet und ein Schalterdienst für die Bevölkerung und Unternehmungen ist nur mit viel Überstunden aufrecht zu erhalten. Ausserdem müssen die Projektleiter einen wesentlichen Teil an Sekretariatsarbeiten übernehmen, wie zum Beispiel die Protokollschreiben und so weiter. In der Diskussion stellte die FGPK fest, dass die Digitalisierung in der PBU noch nicht weit fortgeschritten und scheinbar auch nicht in allen Teilbereichen möglich ist. So wird zum Beispiel für die Raumvermietung in der Gemeinde sehr viel Arbeitszeit aufgewendet. Ausserdem ist die Frage aufgetaucht, ob ein klassisches Sekretariat überhaupt noch zeitgemäss ist oder eher eine Assistenten für Projekteorganisation angebracht wäre. Aufgrund der an den Gemeinderat gestellten Fragen sowie dem Bericht scheint auch diese Stellenerhöhung unbestritten. Die FGPK geht davon aus, dass mit den zusätzlichen Stellenprozent im Sekretariat bei den Projektleitungen wieder Ressourcen frei werden.

Planung, Bau & Umwelt – Liegenschaften & Anlage (Hochbau) – Stellenerhöhung um 100%

Der Gemeinderat begründet die zusätzlichen 100% mit den vielen Projekten, welche im Moment in Wohlen umgesetzt werden und noch anstehen. Zum Beispiel das Schulzentrum Halde, die Turnhalle Junkholz, die Gesamtanierung und Erweiterung des Gemeindehauses, die Sanierung der Liegenschaft am Bankweg 2, die Kindergärten usw. In der FGPK ist unbestritten gewesen, dass sich in Wohlen im Moment sehr viele Projekte in der Umsetzung oder in der Planung befinden, welche Ressourcen benötigen. Grundsätzlich ist die FGPK überzeugt, dass eine Lösung mit externen Projektleitern viel teurer ist. Zudem ist auch der Einwohnerrat ein wenig in der Pflicht. Denn wenn wir, wie in den vergangenen Jahren, Grossprojekte bewilli-

gen, dann müssen wir auch dafür sorgen, dass die Projekte zügig, gut und kostengünstig können umgesetzt werden. Dies können wir, indem wir der Verwaltung genug Personal zur Verfügung stellen. Allfällige Personalausfälle sind zudem mit einer zusätzlichen Projektleitung durch eine Stellvertretung gesichert und es entstehen dadurch keine Kosten für Externe. Weiter haben wir auch hier nachgefragt, ob es in der PBU genug Platz für die neue Projektleitung hat. Diese Frage ist vom Gemeinderat verneint worden. Das Sekretariat müsse für den Schalterdienst im Gemeindehaus arbeiten – was klar ist. Die Projektleitungen und andere Stellen, bei denen es die Arbeit erlaubt, arbeiten aufgrund von Platznot abwechselungsweise im Homeoffice. Eine Minderheit in der Kommission ist der Meinung, dass 100 Stellenprozent zu viel sind und nicht alle Projekte auf einmal umgesetzt und geplant werden sollen. Ihnen wäre es lieber, wenn die Projekte weiter in die Zukunft verschoben werden und nur ein Projekt nach dem anderen umgesetzt werden würde.

Die FGPK stimmt den Anträgen für die Stellenerhöhung um 60 Prozent beim Betriebsamt um 60 Prozent bei der Schulsozialarbeit um 50 Prozent beim Sekretariat beim Bereich BBU einstimmig zu. Bei den zusätzlichen 100 Stellenprozent für die Projektleitung Hochbau im PBU stimmt die FGPK grossmehrheitlich zu.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Dem Gemeinderat ist eine langfristige Sicht auf die Stellenentwicklung wichtig. Es bestehen bei sämtlichen Positionen in der Gemeindeverwaltung Wohlen Unterdotierungen. Wir haben nicht genug Personalressourcen. Umso wichtiger ist es, dass eine geplante Entwicklung, unter immer gleichbleibenden Kriterien, stattfindet. Seit einigen Jahren wird dies für Sie im Finanzplan abgebildet. Einer der Haupttreiber ist die wachsende Bevölkerungsentwicklung in der Gemeinde Wohlen von rund 1.2% bis 1.3% pro Jahr. Ein weiterer Treiber sind zunehmenden Aufträge und Aufgaben aus den anstehenden Investitionen. Wir hatten – wie bereits vom FGPK-Sprecher erwähnt – in den vergangenen 30 Jahren unterdurchschnittliche Investitionen, was sich jetzt rächt. Der Gemeinderat geht sehr zurückhaltend mit der Beantragung der Stellen. Dies schlägt sich beispielsweise beim vorliegenden Antrag der Schulsozialarbeit nieder, bei welchem wir nur dies beantragen, was auch politisch realistisch ist.

Heute präsentieren wir Ihnen drei Stellenanträge in separaten Vorlagen. Im vorliegenden Bericht und Antrag sind die ordentlichen Anträge enthalten. Im nachfolgenden Traktandum 4 werden die Stellen für das Facility Management und für die Reinigungsmitarbeitenden im Stundenlohn beantragt. Dies erfolgt getrennt, da der Einwohnerrat diesbezüglich bereits in der Vergangenheit eine Diskussion hatte und wir gerne ausführliche informieren wollten. Weiter beantragt der Gemeinderat im Traktandum 5 zusätzliche Stellen im Bereich Gesellschaft, Soziales und Bildung für die mit der Ukraine-Krise verbundenen zusätzlichen Aufwendungen. Ich danke Ihnen für die positive Aufnahme der Bericht und Anträge.

Fraktionsmeinungen

Andermatt Dennis, GLP/EVP: Die beantragte Stelle beim Betriebsamt hat bei uns die wohl klarste Zustimmung erhalten. Mit der bereits beschlossenen Übernahme der beiden Betriebsämter der Gemeinden Uezwil und Sarmenstorf benötigt es auch die Stelle. Die Lohnkosten können durch die zusätzlichen Gebühreneinnahmen vollumfänglich abgegolten werden. Die Stellenerhöhung bei den Schulsozialarbeitenden ist in unserer Fraktion ebenfalls unbestritten. Dort ist eine Entlastung dringend notwendig, denn die Corona-Pandemie hat diverse Problematiken bei den Kindern verschärft. Eigentlich bräuchte es noch mehr als die beantragten Stellenprozente. Die Lehrpersonen profitieren und schätzen das Angebot von der Schulsozialarbeit. Aus diesen Gründen stimmen wir dieser moderaten und absolut vertretbaren Erhöhung zu. Eine Erhöhung der Pensen im Sekretariat im Bereich Planung, Bau und Umwelt ist in unserer Fraktion eine logische Konsequenz von den bereits bewilligten Projekten. Die Projektleitenden sollen sich auf ihre Aufgaben in ihrem Kernbereich fokussieren. Das Administrative gehört zu dieser neugeschaffenen Stelle. Die Schaffung dieser Stelle erachten wir als plausibel, genauso wie die 100 Stellenprozent im Bereich der Liegenschaften und Anlagen. Die jetzigen bewilligten Projekte zeigen uns, dass die Gemeinde Wohlen wächst und mit jedem Wachstum braucht es auch das notwendige Know-How, damit die Projekte gut begleitet und finalisiert werden können. Es darf nicht sein, dass die Gemeinde Wohlen externe Berater, mit einem Vielfachen an Besoldung, anstellen muss, anstelle von einem Gemeindemitarbeitenden. Ja, man könnte die Stelle, wenn Sie nicht mehr gebraucht wird, wieder abbauen. Jedoch sehen wir bei dem Bau- und Investitionsboom in Wohlen kein Ende. Das rechtfertigt wiederum die Schaffung dieser Stelle. Aus dem genannten Grund stimmen wir dem vorliegenden Antrag einstimmig zu.

Meyer Meinrad, Die Mitte: Der Stellenerhöhung im Bereich Finanzen und Ressourcen für das Betriebsamt um 60% stimmen wir einstimmig zu. Es ist eine sinnvolle und notwendige Erhöhung. Durch die zusätzlichen Gemeinden ist die Erhöhung ja auch mehr als finanziert. Die Erhöhung um 60% im Bereich Gesellschaft, Soziales und Bildung finden wir zwar eher konservativ. Sollte ein Antrag auf Erhöhung um 20% auf

neu 80% gestellt werden, würden wir diesen unterstützen. Selber stellen werden wir ihn aber nicht. Wir sind überzeugt, dass die Erhöhung die Gesamtkosten mehr als auszahlen wird. Die Gesamtkosten – Sie werden es sehen – werden noch stark ansteigen. Der Entscheid von uns ist hier mehrheitlich ausgefallen. Im Bereich Planung, Bau und Umwelt braucht es mehr Effizienz und eine Steigerung. Aus diesem Grund stimmen wir den Stellenerhöhungen von insgesamt 150%, 50% für das Sekretariat und 100% für die Liegenschaften und die Anlagen einstimmig zu.

Generell möchte ich erwähnen, dass sinnvolle und zwingende Stellenerhöhungen von unserer Seite immer eine Chance auf Zustimmung haben. Hingegen werden nicht sinnvolle und nicht zwingende Stellenerhöhungen, aufgrund der angespannten Finanzlage in Wohlen, zukünftig einen sehr schweren Stand haben. Wir werden dies heute noch diskutieren.

Meier Valentin, SP: Der ausführliche Bericht und Antrag zeigt aus unserer Sicht sehr gut auf, wo und aus welchem Grund die Stellen gefordert werden. Aus diesem Grund wird von uns keine dieser Erhöhungen abgelehnt werden. Durch die Übernahme der Betriebsämter der Gemeinden Sarmenstorf und Uezwil kommen mehrere hundert Betreibungen auf die Mitarbeitenden des Betriebsamtes Wohlen zu. Es sollte klar sein, dass unsere Leute das nicht ganz gratis machen. Die beiden Stellen im Bereich Planung, Bau und Umwelt sind für uns ebenfalls unbestritten. Es ergibt keinen Sinn, dass ein Projektleiter selbst ein Protokoll schreiben oder andere rein administrative Tätigkeiten ausüben muss. Eine Fachperson im Sekretariat macht dies bestimmt effizienter und ungünstiger. Auch auf einen noch grösseren Investitionsstau, gerade beispielsweise bei den Kindergärten, möchten wir sehr gerne verzichten und unterstützen deshalb auch die Stellenerhöhung um 100% bei den Liegenschaften und Anlagen. Einzige auf Unverständnis stösst die Erhöhung der Stellenpensen bei der Schulsozialarbeit mit lediglich 60%. Im Bericht und Antrag wird gut ausgeführt, dass die Gemeinde Wohlen diesbezüglich arg unterdotiert ist. Zudem wird auf die absolute Minimumempfehlung des Kantons und des Evaluationsberichtes hingewiesen. Trotzdem wird der Antrag nur auf 60% statt wie empfohlen 80% gestellt. Aus diesem Grund stellen die Fraktion der SP und diejenige der Grünen einen Änderungsantrag um eine Erhöhung von neu 80% statt 60%. Wie wahrscheinlich allen bekannt ist, hat die Schulsozialarbeit (SSA) eine sehr komplexe Aufgabe zu erfüllen. Von Einzelberatungen Prävention bis zur Krisenintervention ist die SSA jeden Tag für unsere Schülerinnen und Schüler im Einsatz. Wir erachten die Forderung nach diesen zusätzlichen 20 Prozent als absolut moderat. Denken Sie bitte daran, genau durch die Arbeit von der SSA können auch Folgekosten vermieden werden. Ich möchte Sie bitten, unserem Änderungsantrag zuzustimmen, unseren Wohler Kindern und Jugendlichen zuliebe. Wir werden die geforderte Pensenerhöhung ab dem Jahr 2023 einstimmig genehmigen.

Hübscher Renato-Raffaele, SVP: Wir sehen eine gewisse Notwendigkeit in Anbetracht von den sehr hohen bevorstehenden Investitionen. Uns ist sehr wohl bewusst, dass mit dem zunehmenden Wachstum und mit der Funktion von einer Zentrumsgemeinde zwangsläufig Stellen benötigt werden. Wir müssen jedoch an dieser Stelle den Gemeinderat unmissverständlich darauf hinweisen, dass Dringlichkeit und Wichtigkeit vor den individuellen Begehrlichkeiten gestellt werden. Die 60 Stellenprozente beim Betriebsamt werden fremdfinanziert und werden einstimmig von uns unterstützt. Auch die 60 Stellenprozente bei der Schulsozialarbeit werden unterstützt – jedoch mit Bestimmtheit nicht mehr. Die Richtlinien von des BKS sind weit weg vom Realistischen. Die gesellschaftlichen Probleme müssen nicht in der Schule gelöst werden. Bei der PBU werden wir die Projektstelle grossmehrheitlich unterstützen. An dieser Stelle fordern wir aber, dass mehr Projekte Inhouse erledigt werden und somit Kosten von externen Beratern zukünftig reduziert werden müssen. Bei den 50 Stellenprozent beim Sekretariat muss der Verwaltungsaufwand und Bürokratie endlich heruntergefahren und Digitalisierung vorangetrieben werden. So geht es nicht mehr weiter. Wir sehen aber auch da im Bedarf und werden die Stellenerhöhung noch unterstützen. Damit ist aber auch in Zukunft Schluss.

Schmid Patrick, Grüne: Wir werden all diesen Anträgen einstimmig zustimmen. Ausgeführt mit der Begründung von der Dringlichkeit und den Bedürfnissen hat uns Olivier Parvex schon ausführlich informiert. Wir unterstützen den Antrag um Erhöhung der Stellenprozente auf 80% bei der Schulsozialarbeit. Aus der Praxis kann ich Ihnen sagen, dass aufgrund der starken Unterbesetzung, die Schulsozialarbeit nur die «brennenden» Fälle erledigen kann und viele niederschwellige Angebote nicht anbieten kann. Diese würden jedoch zur Verhinderung von grösseren Problemen beitragen. Da dies nicht geschieht, kommen diese Themen verspätet und in einer viel stärkeren, emotionalen und auch finanziellen Stärke wieder auf uns zurück. Ich bitte Sie unserem Erhöhungsantrag zuzustimmen.

Meyer Hans Rudolf, Dorfteil Anglikon/FDP: Alle Jahre wieder gelangt der Gemeinderat an den Einwohnerat um den Stellenplan zu erhöhen. Mit dem Bericht und Antrag 15021 legt uns ausführlich dar, wo in der Gemeindeverwaltung es zu wenig Stellen hat. Mit der Übernahme der Betriebsämter Sarmenstorf und Uezwil sind jährlich knapp 700 Betreibungen mehr zu bearbeiten. Da die Gemeinde die Arbeit ja nicht

unentgeltlich ausführt und das Betriebsamt sich praktisch selbst finanziert, ist dieser Erhöhung nichts entgegenzusetzen. Bei der Schulsozialarbeit ist ein stetiges Wachstum von Problemfällen zu verzeichnen. Mit den zusätzlichen 60 Stellenprozent ist die Schulsozialarbeit aber immer noch unterbesetzt. Schwierig wird es wahrscheinlich sein, die Stelle überhaupt in nützlicher Frist, mit kompetenten Personen zu besetzen. Die Fraktion FDP/Dorfteil Anglikon unterstützt den Antrag des Gemeinderats. Die Stellenpensen im Sekretariat Planung, Bau und Umwelt sind zurzeit sehr knapp bemessen. Mit der Pensionierung einer langjährigen Mitarbeiterin geht auch viel Know-how verloren. Es wird schwierig, den Schalter und den Telefondienst, aufgrund von der Zunahme von der Sekretariatsarbeiten, aufrecht zu erhalten. Typische Arbeiten eines Sekretariats können wegen der Unterbesetzung nicht mehr erstellt werden. Was zur Folge hat das Projektleiter, diese selbst erledigen müssen. Diese sind einerseits dazu überqualifiziert und andererseits für die Arbeiten zu teuer. Die zusätzlichen 50%-Stelle macht Sinn. Durch die vom Einwohnerrat in letzter Zeit bewilligten Kredite für Projekte wie Turnhallen, Schulhäuser und die anstehenden Sanierungen von Schulanlagen ist auch das Team Hochbau an ihre Grenzen gestossen. Was ein Ausfall von einem Mitarbeiter bewirkt, hat man kürzlich erfahren. Dieser muss dann nämlich durch einen externen Projektleiter, unter Kostenfolge, neu besetzt werden. Es ist klar, dass der Einwohnerrat bei unserer finanziellen Lage nur ungern Stellenerhöhungen bewilligt. Wir sehen es aber als notwendig, die vorgenannten Stellen zu bewilligen, damit die Abteilungen weiter funktionieren. Wir begrüßen, dass der Gemeinderat die nötigen Erhöhungen im Stellenplan 2023 frühzeitig, das heisst vor der Vorlage vom Budget 2023, beantragt. Wir möchten aber darauf hinweisen, dass unsere Zustimmung nicht bedeutet, dass wir aufgrund der neuen Stellen auch in einer allfälligen Steuerfusserhöhung zustimmen können. In diesem Sinne werden wir der Vorlage zustimmen.

Einzelvoten

Vogt Roland, Gemeinderat: Ich nehme Stellung zum Antrag auf Erhöhung um 20 Stellenprozent bei der Schulsozialarbeit. Es ist als eigentlich aussergewöhnlich zu bezeichnen, dass der Gemeinderat den Einwohnerrat bittet, dem Antrag nicht zuzustimmen und damit keine zusätzlichen Stellenprozent zu generieren. In der Regel beantragt der Gemeinderat Stellenprozentenerhöhungen. Wir sind uns sehr wohl bewusst, dass die Schulsozialarbeit einen sehr wichtigen Dienst leistet, die Schule entlastet und nicht mehr wegzudenken ist. Wir wissen, dass die Beantragung von 60 Stellenprozent knapp bemessen sind. Sie sind jedoch auch unserer Sicht ausreichend. Mit den von uns beantragten 60 Stellenprozent gelingt es uns, in allen drei Schulhäusern den Bedarf ausreichend abdecken zu können und zusätzlich noch eine Leitung zu implementieren. Für die Leitung wird 10 bis 30 Stellenprozent aufgewendet werden und der andere Anteil wird zugunsten der Schüler eingesetzt. Wir sind der Meinung, dass unser Antrag politisch machbar und auch vertretbar ist. Daher bitte ich Sie den Antrag, um Erhöhung von 20% nicht zu unterstützen.

Abstimmung

Dem gemeinderätlichen Antrag

1. *Bewilligung der Erhöhung des Stellenplanes der Einwohnergemeinde beim Bereich Finanzen & Ressourcen um 60 Stellenprozent im Betriebsamt*

wird einstimmig zugestimmt.

Abstimmung Änderungsantrag

Der Änderungsantrag

Erhöhung der Stellenprozent von 80 statt 60 für die Schulsozialarbeit.

wird mit 15 Ja-Stimmen zu 23 Nein-Stimmen abgelehnt.

2. *Bewilligung der Erhöhung des Stellenplanes der Einwohnergemeinde beim Bereich Gesellschaft, Soziales & Bildung um 60 Stellenprozent für die Schulsozialarbeit.*

wird mit 37 Ja-Stimmen zu 1 Nein-Stimme zugestimmt.

3. *Bewilligung der Erhöhung des Stellenplanes der Einwohnergemeinde beim Bereich Planung, Bau & Umwelt*

A. um 50 Stellenprocente im Sekretariat.

wird mit 37 Ja-Stimmen zu 1 Nein-Stimme zugestimmt.

B. Um 100 Stellenprocente für die Liegenschaften & Anlagen (Hochbau)

wird mit 33 Ja-Stimmen zu 4 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung zugestimmt.

Bericht und Antrag 15022 – Erhöhung Stellenplan im Bereich Planung, Bau & Umwelt – Liegenschaften & Anlagen (Hauswartung und Reinigung)

Schmid Patrick, FGPK: Die FGPK bedankt sich beim Gemeinderat und der Ämter für die detaillierte und transparente Erarbeitung des vorliegenden Bericht und Antrags. Grundsätzlich war in der FGPK die Aufstockung der Stellenprozente unbestritten. Umstritten hingegen war jedoch, die Höhe der Aufstockung. Vorgeschlagen sind 261 Stellenprozent mit Kosten von CHF 161'000 jährlich. Eine Umfrage in der FGPK hat gezeigt, dass eine Stellenerhöhung von 150 bis vielleicht 200 Prozent einstimmig angenommen worden wäre.

Durch den Neubau der Dreifachsporthalle Hofmatten wächst der Bedarf von Mitarbeitenden bei der Hauswartung und des Reinigungsdienstes immens an. Dasselbe gilt für das neue Schulraumprovisorium in Anglikon, der Zivilschutzorganisation Aargau Ost an der Wilstrasse und bei der P&R-Anlage am Bahnhof, bei welcher der Einwohnerrat vor einiger Zeit neue Stellen abgelehnt hat. Zu den Aufgaben gehören die Reinigungen, aber auch Instandhaltungsarbeiten, Inspektionen, Wartungen, kleinere Instandsetzungen und damit auch verbundene administrative und kleinere bauleitende Tätigkeiten. Zudem fallen diverse Arbeiten in der Vorbereitung und Organisation an, welche sie im ausführlichen Bericht nachlesen können. Die FGPK hatte zu diesem Geschäft nur noch wenige Frage, da vieles bereits in der Vorlage geschildert worden ist. Die Berechnung erfolgte durch externe Spezialisten von der TGM GmbH (technologisches Gebäudemanagement) sowie der Toolsuisse AG und basiert auf der Fläche und der Auslastung. Der FGPK erschien der Betrag von CHF 161'000 als relativ tief im Vergleich zu einer durchschnittlichen Gemeindestellen. Der Gemeinderat beantwortet die Frage mit der Begründung, dass die Löhne des Reinigungspersonals tiefer sind und dies den Durchschnitt senkt. Ich persönlich bin der Meinung, dass diese Stellen sehr, sehr schlecht bezahlt werden. Die Konsequenzen einer Ablehnung dieser Stellenprozente wurden auch ganz klar aufgezeigt. Was die Anlage Hofmatten betrifft wurden drei mögliche Szenarien skizziert. Bei Reduktionen von Instandhaltungsmassnahmen wird die Gebäudesubstanz nicht so stark gesichert und die Gebäudetechnik ist weniger gut gewartet. Dies hat mehr teure Reparaturen zur Folge, als wenn ein fortlaufender Unterhalt stattfindet. Der Lebenszyklus einer solche teuren Anlage würde sich wahrscheinlich reduzieren, wenn sie weniger gewartet werden würde. Die Reduktion von Reinigungsarbeiten bedeutet zudem auch eine Unzufriedenheit bei den Nutzern (u.a. Sportvereinen) und dem Personal. Insbesondere bei der Anlage Hofmatten handelt es sich um ein Image-Projekt – also ein Vorzeigeobjekt der Gemeinde Wohlen. Dies darf nach etwas aussehen. Zunehmend sind die Probleme bezüglich des Vandalismus. Wenn etwas schlecht gepflegt wird, umso grösser ist die Chance, dass es kaputtgemacht wird. Dies könnte schliesslich zu Betriebsunterbrüchen führen. Der Mangel an Instandhaltungsarbeiten erhöht das Risiko von Betriebsunterbrüchen. Es könnte somit sein, dass die Schulsportanlage nicht immer genutzt werden kann, so wie es sein sollte. Bei einer Ablehnung der beantragten Stellenprozente hätte dies bei der Anlage Hofmatten spezifisch die Auswirkung, dass die Nutzung an den Abenden und an den Wochenenden sehr stark reduziert werden müsste. Die ausserhalb des Pflichtbetriebs anfallenden Arbeiten könnten nicht durch das bestehende Personal erledigt werden. Man müsste sich auf den reinen Schulbetrieb ausrichten. Die Szenarien wurden in der FPGK nicht von allen Mitgliedern gleich dramatisch eingeschätzt. Die FGPK empfiehlt mit 6 Ja-Stimmen zu 3 Nein-Stimmen die Annahme des Antrages.

Schmid Patrick, Grüne: Wir unterstützen die Aufstockung um 261 Prozent vollumfänglich und einstimmig. Insbesondere wollen wir darauf hinweisen, dass eine gut gewartete Anlage im Unterhalt unter dem Strich günstiger ist, weil sie energieeffizienter ist. Es wird weniger Reparaturarbeiten geben und die Lebensdauer der Anlagen wird verlängert. Wir erachten es auch als sehr wichtig, dass insbesondere die Anlage Hofmatten – als das Aushängeschild des regionalen und überregionalen Sports – auch an den Wochenenden und am Abend betrieben werden kann. Dies in einer Art und Weise, dass es auch eine Visitenkarte darstellt.

Burkard Thomas, Vizeammann: Ich danke dem Sprecher von der FGPK für die ausführliche Darstellung des Bericht und Antrags. Ich habe inhaltlich gar nicht so viel beizufügen. Im Namen des Gemeinderates möchte ich an dieser Stelle jedoch ein Anliegen anbringen. Ich bitte Sie die Bedeutung der Hauswartung und Reinigung – im Facility Management insgesamt – nicht zu unterschätzen. Der Unterhalt stellt ein wichtiger Aspekt des Lebenszyklus von Liegenschaften und Anlagen dar. Das Facility Management trägt einen wesentlichen Betrag zum Werterhalt unseren Anlagen. Dies sollte bei allen folgenden Diskussionen nicht

ausser Acht gelassen werden. Sämtliche Fakten wurden im Bericht und Antrag ausführlich dargelegt. Aufgrund der Ablehnungen der bereits schon mehrfach beantragten Stellen für das Facility Management haben wir uns dazu entschieden, dem Einwohnerrat einen separaten Bericht und Antrag mit sehr ausführlicher Begründung vorzulegen. Der Bedarf dieser Stellen ist im Finanzplan klar ausgewiesen. Der Hauptauslöser dieses Stellenbedarf ist die Inbetriebnahme von kommunalen Neubauten, welche sogar einen überregionalen Charakter ausweisen. Allen voran der Neubau der Anlage Hofmatten und der Anlage für den ZSO. Im Bericht und Antrag sind die Folgen einer Ablehnung der Stellenprozente ganz klar dargelegt. Vor allem für die Anlage Hofmatten hätte eine Ablehnung sehr drastische Auswirkungen. Wir bitten Sie deshalb inständig, den Antrag des Gemeinderats zu unterstützen.

Fraktionsmeinungen

Manimanakis Corinne, SP: Für die SP-Fraktion ist klar, dass der im Bericht und Antrag ausgewiesene Ressourcenbedarf in allen Bereichen in der Zukunft notwendig, klar begründet und ausgewiesen ist. Wohlen erhält diesen Herbst eine neue Dreifachsporthalle. Möglichst viele Menschen in unserer Gemeinde sollen davon profitieren. Es braucht neben der ganzen Reinigungs- und Unterhaltscrew, verständlicherweise auch Ressourcen in Sachen Planung bis hin zur Rechnungsstellung. Denkt man an Vereinen, Anlässen und Events. Auch das neue Schulprovisorium in Anglikon braucht unbestritten einen guten Unterhalt. Wir wissen alle, dass solche Provisorien in unserer Gemeinde eine möglichst lange Lebensdauer haben sollten. Darum ist für uns völlig klar, dass die nötige Aufstockung bei Hauswartung und Reinigungspersonal auch bei dieser Anlage erfolgen muss. Des Weiteren ist auch der personelle Bedarf bei der ZSO an der Wilstrasse im Bericht und Antrag plausibel erklärt und macht auf jeden Fall Sinn. Auch wenn im neuen Parkhaus beim Bahnhof die Anzahl der Parkgästen noch nicht allzu hoch frequentiert ist, soll dort regelmässig richtig und gut gereinigt werden. Es ist ein neuer, moderner Bau und die Visitenkarte für uns als Zentrumsgemeinde. Benutzer und Benutzerinnen von dieser P&R-Anlage sollen sich sicher fühlen. Zudem werden Littering und Vandalismus in nächster Zeit leider kaum abnehmen. Aus unserer Sicht sollten die beantragten 25 Stellenprozente unbedingt auch genehmigt werden. Wenn wir als Volksvertreter unsere Pflicht ernstnehmen wollen, dann wollen wir doch kaum, dass die erwähnten Auswirkungen und Konsequenzen eintreffen werden und wir damit leben müssen. Es handelt sich bei diesen Erhöhungen dieser Stellenprozente nämlich keinesfalls um eine Luxusvariante. Die gesamten beantragten 261 Stellenprozent sind aus unserer Sicht nötig. Wir werden dem Bericht und Antrag einstimmig zustimmen.

Christen Peter, SVP: Vielleicht haben Sie es schon angenommen haben, werden wir einen Kürzungsantrag stellen. Ich möchte an dieser Stelle einige Punkte erwähnen, zu welchen ich mir beim Lesen des Bericht und Antrags Gedanken gemacht habe. Es geht wiederum um die Hauswartungen und die Reinigung – ein leidiges Thema. Wir haben darüber schon diskutiert, abgestimmt und Entscheidungen getroffen.

Zu nachfolgenden vier Punkten nehme ich Stellung:

1. Die neue Dreifachturnhalle hat einen geplanten Betriebsstart im Herbst 2022. Unserer Meinung nach müssen dort Synergien genutzt werden zu der jetzigen Reinigungspraxis. Es müssen Mittel von den bestehenden Dreifachturnhallereinigung eingesetzt werden. Zudem soll auf Technologie gesetzt werden und nicht auf zusätzliche Menschen. Wir sagen nicht, dass wir den Aufwand von diesen Leuten nicht sehen, sondern der Umfang ist uns grundsätzlich einfach ein bisschen zu hoch.
2. Über den Bericht und Antrag 15009 – Schulprovisorium Primarschule Anglikon haben wir bereits abgestimmt. Wenn Sie diesen nochmals anschauen, dann sehen Sie, dass unter dem Punkt 4.2 (Betriebskosten) ersichtlich ist, dass die zusätzlichen Kosten für die Hauswartung und Reinigung über die laufende Rechnung finanziert werden.
3. Bei der Zivilschutzorganisation Aargau Ost hoffe ich, dass die Personen, welche diese Anlage nutzen – wie das im Militär eigentlich immer der Fall ist – gewisse Reinigungsarbeiten machen. Auch von diesem Gebäude her sind Synergien zu nutzen.
4. Für die P&R-Anlage werden 25 Stellenprozent beantragt. Die derzeitige Auslastung dieser Anlage ist als kläglich zu bezeichnen. Und entgegen der Aussage meiner Vorrednerin erachte ich diese Tiefgarage nicht als Visitenkarte von Wohlen. Nur dass das auch klargestellt ist, das muss man einmal zuerst

finden. Da haben die meisten Leute schon ziemlich Mühe. Bei einer Auslastung von 25% kann man darüber diskutieren, ob es dort zusätzliches Personal braucht. Unserer Meinung nach soll das der Werkhof machen. Die können die zwei Coca-Cola-Büchsen aufheben und einmal mit dem Staubsauger durchfahren. Aber in der jetzigen Situation sind die Stellenprozent nicht angebracht.

Der Vandalismus ist angesprochen worden. Es handelt sich um leidiges Thema in Wohlen. Hier sehe ich die Regionalpolizei in der Pflicht, aber auch die Herren Lehrerschaften hier in diesem Saal. Dies könnte man vielleicht einmal in einem Workshop thematisieren und versuchen so Lösungen zu finden. Man sensibilisiert die Schüler darauf.

Patrick Schmid hat in sehr drastischen Worten formuliert und spricht von einem immensen Aufwand bei der Reinigung. Ich gehe davon aus, dass es sich um ein modernes Gebäude handelt und von einem planbaren Aufwand ausgegangen werden kann. Ich habe einen gewissen Anspruch auf Demut von den Nutzern der Anlagen. Wir stellen etwas zur Verfügung und wenn man dann Ärger empfindet, finde ich das als komplett unangebracht.

Es ist kaum der Sinn das Schulhausprovisorium in Anglikon möglichst lange zu erhalten. Also ich hoffe sehr, dass man das Schulprovisorium in Anglikon, nicht wie dasjenige der Bezirksschule, während vieler Jahre im Einsatz hat, sondern dort zeitnah eine pragmatische Lösung findet. Wir stellen einen Kürzungsantrag um 61% auf neu 200% stellen. Das lässt dem Gemeinderat die Fantasie offen, die 200% mit Schwerpunkt einzusetzen. Wir sind absolut der Meinung, dass das ausreichend ist. Für die Unterstützung unseres Antrags danke ich Ihnen jetzt schon herzlich.

Lütolf Harry, Die Mitte: Unsere Fraktion hat plus-minus eine ähnliche Haltung wie das, was jetzt vom Sprecher der SVP gesagt worden ist. Wir haben nicht in allen Punkten die gleiche Meinung, sonst wären wir ja die gleiche Fraktion, was keinen Sinn ergeben würde.

Die Mitte-Fraktion sollte selbst einen Kürzungsantrag auf 220% stellen. Der war angedacht. Wir verzichten nun jedoch darauf zugunsten des Antrags der SVP. Dies nicht, weil wir ihn besser finden, sondern um der Bildung von unheiligen Allianzen im Einwohnerrat zu begegnen. Dies ist in der Vergangenheit bereits so geschehen. Plötzlich bildeten sich Mehrheiten mit einem Resultat, welches aus der Sicht Der Mitte falsch war. Es bekämpften sich zwei Lager und am Schluss kam gar nichts dabei heraus. Dies könnte hier auch drohen und aus diesem Grund holen wir uns die SVP mit ins Boot. Wir unterstützen den Antrag der SVP von unserer Seite her. Dies nicht, weil wir es vollumfänglich auch inhaltlich unterstützen würden, sondern einfach damit wir mindestens die 200% durchsetzen können. Die Mitte-Fraktion stört sich zum einen am Antrag des Gemeinderates, dass man Erbsen zählt. Die Stellen werden mit einer komischen Prozentzahl beantragt. Einmal 17% und einmal 204%. Das sind alles sehr konstruierte Zahlen. In der Bevölkerung draussen versteht das niemand. Eine Stellenerhöhung um 204% kann man so nicht erklären. Und auch in der Privatwirtschaft wird man nie solche Anträge mit so abstrusen Zahlen sehen. Hier wünschen wir uns bei den zukünftigen Anträgen Rundungen und zwar nach unten und nicht nach oben.

Ein weiterer Punkt, welcher uns enorm stört, ist die Geschichte mit die P&R-Anlage in der Tiefgarage. Sie wissen es, wir haben uns in diesem Parlament bereits über das Thema unterhalten. Bereits zweimal hat der Einwohnerrat hier einen ablehnenden Beschluss gefasst. Damals war ein Entscheid nicht ganz in unserem Sinn, aber wir sind Demokraten. Die Mitte Fraktion ist demokratisch und wenn das Parlament den Entscheid gefällt hat, dann halten wir uns daran. Ein halbes Jahr später wurde seitens des Gemeinderates eigentlich ein fast gleicher Antrag erneut gestellt. Er wurde ein bisschen angepasst, aber es ist eine klare Missachtung eines vom Einwohnerrat als Parlament getroffenen Entscheids. Das stört uns und stösst uns sauer auf. Ein solches Verhalten würde man im Grossen Rat des Kantons Aargau – in welchem ich auch Einsitz nehme – so nie sehen. Wenn der Regierungsrat mit einem Antrag abblitzt, dann kommt er sicher nicht nochmals ein halbes Jahr später mit einem ähnlichen Antrag und missachten einen Entscheid des Parlaments. Aber das passiert jetzt hier. Wir sind der Meinung, dass für diese Tiefgarage, die vom Gemeinderat beantragten 25 Stellenprozenten, viel zu hoch gegriffen sind. Bei 25 Stellenprozenten handelt es sich um etwas mehr als acht Arbeitsstunden pro Woche, in denen eine Person dort unten sauber macht. Das ist einfach übertrieben. Wir wünschen uns auch ein bisschen mehr tät und Anpassungsfähigkeit, was die Sauberkeit und das Sauberkeitsempfinden anbelangen. Das Thema Sauberkeit und was als sauber emp-

funden wird wurde schon zwei Mal im Rat diskutiert. Das ist eine Ermessenssache ist nicht eine rein mathematische Grösse. Es gibt weder eine Bundesgesetzgebung noch eine kantonale Gesetzgebung, welche uns zu irgend einer bestimmten Sauberkeit im Dorf anhält. Die Sauberkeit ist dann zufriedenstellend, wenn die Bevölkerung das als sauber empfindet und nicht wenn es irgendjemand von einem externen Planungsbüro es ausrechnet. Sauber ist es dann, wenn Herr und Frau Wohler es als sauber erachten in Wohlen. Da kann man darüber diskutieren und streiten. Wenn es einmal nicht sauber sein sollte, dann gibt es einen Vorstoss, dass man es gefälliger sauberer machen soll und dann können wir uns wieder darüber unterhalten. Aber auf Vorrat Sauberkeit zu schaffen kann es nicht sein. Wir hätten auch beispielsweise die Möglichkeit, das Potenzial von Sozialhilfeempfängern zu nutzen. Auch dies ist schon einmal im Parlament besprochen worden. Sozialhilfeempfänger, welche über keine Tagesstrukturen verfügen, könnten für die Reinigung eingesetzt werden. Das wäre ein weiteres Feld, dass man so Menschen zum Einsatz bringen könnte. Dies ist keinesfalls übertrieben und entspricht auch der Sozialhilfegesetzgebung. Das kann auch in Wohlen gemacht werden, dass man entsprechende Weisungen und Auflagen an solche Menschen erteilt. Das dürfen auch die ukrainischen Flüchtlinge machen, welche in Wohlen angekommen sind. Die machen das meiner Meinung nach wahrscheinlich sogar noch mit Handkuss. Die Quintessenz daraus ist, dass wir die 261 Prozent sicher nicht unterstützen werden. Wir wollten mit 220 Stellenprozenten an das Parlament herantreten, unterstützen nun jedoch den Antrag der SVP mit 200 Stellenprozenten. Wir bitten das Parlament, dem zu folgen.

Angst Matthias, GLP/EVP: Die Wohlerinnen und Wohler haben direkt oder indirekt über ihr gewähltes Parlament Projekte gutgeheissen oder bestellt. Bestimmt möchten sie und auch wir, dass diesen nun gut Sorge getragen werden. Das ist konsequent und erst noch nachhaltig. In der Folge hat der Gemeinderat die Kosten, respektive den erforderlichen Stellenplan für Hauswartung und Reinigung «Lege artis» zusammentragen lassen. Dass dabei ein ungerader Wert resultiert, mag komisch ausgesehen, ist aber nicht grundsätzlich zu beanstanden. Hätte der Gemeinderat nämlich gerundet, dann wäre kritisiert worden, dass der Bedarf nicht sauber ausgewiesen wurde und willkürlich vorgegangen wäre. So ist es weder unsensibel, wie kürzlich kolportiert worden ist, dem Einwohnerrat reinen Wein einzuschenken, noch ist es falsch, eine schlecht frequentierte Tiefgarage zu warten. Es wäre schlicht ignorant zu meinen, die Arbeit falle nicht an, nur weil man sie nicht zahlen will. Eine andere Frage ist selbstverständlich, wie sie sich finanziert. Zu denken ist da zum Beispiel an die Anpassung des Gebührenreglements oder der Mietkosten. Der Bedarf ist sauber berechnet und belegt worden. Die Infrastruktur besteht schon oder bald. Mit der erarbeitenden Vorlage ist unsere Fraktion darum grundsätzlich einverstanden. Bei den 261 Stellenprozent handelt es sich allerdings um eine Wunschzahl und ist politisch nicht durchsetzbar. Eine mehrheitsfähige Variante erachtet unsere Fraktion bei 240 Stellenprozent. Wir beantragen darum eine Kürzung um 21 Prozent und stellen die Zahl von 240 Stellenprozenten in den Raum.

Zingg Lionel, FDP/Dorfteil Anglikon: Aus unserer Sicht ist der Bedarf an den Stellenerhöhungen grundsätzlich ausgewiesen. Wir stehen immer mit Überzeugung hinter diesen vier Projekten, sprich Hofmatten-Halle, Schulraumprovisorium Anglikon, der ZSO-Erweiterung Aargau Ost und der P&R-Anlage beim Bahnhof. Es ist in der Folge konsequent, wenn man jetzt auch die entsprechenden Stellenerhöhungen bewilligt. Man hört vom Gemeinderat bei Volksabstimmungen häufig das Argument, dass mit den entsprechenden Bauprojekten die Attraktivität von Wohlen gesteigert werden soll. Damit aber die Attraktivitätssteigerung voll durchschlägt, ist es auch notwendig, dass die entsprechenden Unterhaltmassnahmen durchgeführt werden. Schon bei der Beantragung dieser Projekte ist zudem erwähnt worden, dass Stellenerhöhungen bewilligt werden müssen. Kurz gesagt, aus Sicht von der FDP ist der richtige Zeitpunkt, entsprechend begründet und dient dem Werterhalt. Es ist darum bei uns nicht zur Debatte gestanden, dass wir die Stellenerhöhungen komplett ablehnen würden. Den vorgängig eingereichten Änderungsantrag der SVP konnten wir bei uns in der Fraktion bereits diskutieren und unterstützen diesen grossmehrheitlich. Wir schliessen uns somit den Begründungen der beiden bürgerlichen Vorrednern an. Die FDP wird also dem Änderungsantrag von 261 Stellenprozent auf 200 Stellenprozent mehrheitlich stattgeben. Der Hauptgrund ist für uns die angespannte finanzielle Lage von Wohlen. Zudem sind wir der Ansicht, dass man es doch mit weniger probieren sollte. Falls man sieht, dass es wiedererwarten zu übermässiger Schaden und Verschmutzung kommt, dann kann beim Einwohnerrat immer noch ein zusätzlicher Antrag gestellt und bewilligt werden.

Einzelvoten

Breitschmid Manfred, SVP: Das materielle zu diesem Geschäft hat bereits Peter Christen von unserer Fraktion eingebracht. Mir ist es eigentlich nur ein Anliegen, dass der Harry Lütolf nicht einfach so mit seinem Votum im Raum stehenbleibt, wie wenn das nur die Meinung gewesen wäre von der Partei Die Mitte. Auch in unserer Fraktion war dies ein Thema. Er bringt es auf den Punkt mit seiner Aussage, dass es sich um Erbsenzählerei handelt, welche der Einwohnerrat vorgelegt bekommt. Es dient der Sache nicht, wenn man mit 261% einen Antrag stellt. Das kann vielleicht die Meinung sein, das sei dann ganz genau gerechnet worden. Das ist mathematisch. Da hat man auf den Computer gedrückt und die Zahl kommt heraus. Dann braucht es irgendwo noch ein bisschen gesunder Menschenverstand. Man sollte überlegen, was man dem Einwohnerrat unterbreiten möchte und das kann sicher nicht 261 Prozent sein. Ich bitte den Gemeinderat, wenn er wieder einen solchen Antrag stellt, die Zahl, welcher der Computer hergibt, nochmals anzuschauen und abzuwägen, ob er überhaupt sinnvoll ist oder nicht. Im Rat befinden sich alles erwachsene Leute, welche irgendwo in einem Geschäft in eine Funktion tätig sind. Und sonst muss ich sagen, dass Daniel Marti im Strohfeuer wirklich recht damit hat, wenn er sagt, der Gemeinderat entfernt sich von der Privatwirtschaft.

Keller Anna, Grüne: Wir streiten uns wieder um kleine Beträge und die viel Grösseren haben durchgewunken. Es geht um etwas über CHF 160'000. Es handelt sich dabei um Stellen, welche sehr schlecht bezahlt sind. Aber letztendlich geht es um wenige Beträge. Die teuersten in dieser ganzen Geschichte sind nämlich die Hauswarte und diese putzen nicht so viel. Die Reinigungsarbeiten werden vor allen durch die Putzfrauen ausgeführt, also meistens Frauen, ausgeführt. Ich habe noch nie einen «Putzmann» in einer Schule gesehen. Hingegen sind Hauswarte vor allem auch für die technische Betreuung wichtig. Mein Mann ist bekanntermassen Energieberater hat oft mit Hauswarten zu tun und es ist oft entscheidend, dass er das auch entsprechend betreuen kann. Die Technik muss entsprechend der Benutzung eingestellt werden und er muss die Anlagen warten können. Letztlich kann mit einem solchen Vorgehen fast so viel eingespart werden, wie wir jetzt das Gefühl haben, mit diesen Stellenprozenten zu sparen. Es lohnt sich, wenn man bei der Hauswartung über gutes Personal verfügt, welche die Anlagen auch entsprechend betreuen können. Aber dafür müssen wir es auch bezahlen können. Und im Übrigen: Das Putzpersonalverdiert im Stundenlohn CHF 21.70 pro Stunde. Mich nimmt Wunder, wer hier im Rat für einen solchen Lohn arbeiten würde.

Sax Simon, GLP: Ich habe ein bisschen befürchtet, dass wir wieder Hauswartungen diskutieren bis zum Abwinken. Ich staune, wie viele Hauswartzspezialisten wir hier im Saal haben. Ich glaube es ist an der Zeit, um eine pragmatische Lösung zu finden. Meine Angst ist, dass man wie das letzte Mal am Schluss mit Nichts dasteht – je nachdem welche Abstimmungstaktiken zur Anwendung gelangen. Es ist nicht das erste Mal, dass wir am Schluss hart aufschlagen, ob dann das – wie es Harry Lütolf ausgeführt hat – ein fehlendes Demokratieverständnis ist oder nicht, sei jetzt mal dahingestellt. Aber wenn man weiss, wie die Abstimmungen abgelaufen sind, dann denke ich, ist es absolut legitim, nochmal darüber reden zu können. Ich stelle einen Ordnungsantrag auf Sitzungsunterbrechung. Ich denke, wir müssen uns unter den Fraktionen verständigen. So können wir miteinander die Möglichkeiten ausloten. Ich habe keine Lust darauf in der näheren und weiteren Umgebung als Lachnummer dazustehen. Eine Anlage wie die Hofmatten zu bauen und weitere neue Gebäude in Betrieb zu nehmen und diese wegen fehlender Hauswartkapazität nicht unterhalten zu können. Am Ende stehen wir mit Nichts da. Dies weil der Einwohnerrat aufgrund irgendwelcher Kränkungen eingeschnappt ist oder weil die Mitglieder finden, dass sie jetzt Hauswartzspezialisten sind. Mir ist es sehr wichtig und ich bitte Sie um Unterstützung.

Lütolf Harry, Die Mitte: Ich glaube, die Absicht von Simon Sax ist redlich. Dennoch bin ich der Meinung, dass wir uns diesen Ordnungsantrag schenken können. Wenn ich hier rechne und ein bisschen kann ich das, dann wage ich die Prognose, dass der Kürzungsantrag der SVP auf 200% angenommen wird. Es kann somit nichts schiefgehen. Und bitte bedenken Sie noch – das habe ich noch vergessen zu zitieren – die technische Wartung, das beschreibt der Gemeinderat in seinem Bericht und Antrag wie folgt:

«Inspektionen und Wartungen von komplexen technischen gebäudetechnischen Anlagen, Lüftungen, Heizungsanlagen, Sprinkleranlagen, Brandmelder erfolgen durch externe Techniker.»

Das kommt also noch zusätzlich dazu. Vergessen Sie das nicht.

Burkard Thomas, Vizeammann: Ich finde es fair, wenn der Gemeinderat zu diesen Voten auch noch Stellung nehmen kann und die Sachlage noch einmal aus seiner Sicht und aus seiner Warte darstellen kann. Der Gemeinderat ist sich bewusst, dass der FM einen schweren Stand hat im Einwohnerrat. Dies ist bereits vor einem Jahr deutlich geworden, als das erste Stellenbegehren von rund 380% abgelehnt worden ist.

Dennoch hat es der Gemeinderat jetzt auf die Saison – also auf dieses Jahr – noch einmal gewagt, das FM in diesen vier Bereichen mittels Bericht und Antrag zu beantragen. Wir finden das keine Zwängerei. Bei der P&R-Anlage ist der Bedarf an Reinigung und technischer Wartung vorhanden. Leider wird oftmals vergessen, dass die technische Wartung auch hauptsächlich zu den Aufgaben gehört – dies nicht nur in der Tiefgaragen-Anlage, sondern auch in der Hofmatten-Anlage. Die Gebäude werden immer technischer. Das ist so und es braucht gut ausgebildete Hauswarte, welche auch die technischen Belange lösen und warten können. Es ist nicht so, dass das alles durch auswärtige Fachkräfte gemacht wird. Unsere Hauswarte können aufgrund ihres vorhandenen technischen Know-hows vieles selber ausführen und machen dies auch. Dies muss ich einfach klarstellen. Bitte vermischen Sie keinesfalls die Reinigungsarbeiten mit der technischen Wartung der Anlagen. Das ist ganz wichtig.

Bei der Anlage Hofmatten hauptsächlich die technischen Mittel aus dem Bestand einzusetzen ist nur beschränkt möglich. Aufgrund ihrer starken Nutzung ist es unabdingbar, dass diese täglich sauber gereinigt werden. In der Hofmatten haben wir aktuell 240 Stellenprozent. Es ist jedoch seit Jahren ausgewiesen, dass es eigentlich 300 Stellenprozent sein müssten. Dies zum Aufzeigen, wie sich die Situation darstellt. Es ist nicht möglich diese Angestellten von dort abzuziehen und in der neuen Halle einzusetzen. Weiter müssen wir die Stellen so beantragen, auch wenn wir sie über die laufende Rechnung – wie jetzt moniert worden ist im Provisorium Anglikon – wenn das dort so ausgewiesen ist. Wir müssen trotzdem die Stellenprozent jetzt bewilligen lassen, ob wir das wollen oder nicht. Auch Provisorien – wie in Anglikon – müssen trotzdem gereinigt werden. Dort sind täglich Lehrkräfte und die Schüler drin. Nur weil es ein Provisorium ist, können wir es nicht einfach verlottern lassen. Auch ist es in Wohlen eine Tatsache, dass die Provisorien in Wohlen meistens sehr dauerhaft bestehen bleiben. Ich habe die Befürchtung, dass das auch in Anglikon der Fall sein wird. Ich bestätige die Aussage von Stefanie Dietrich sehr gerne. Sie hat stolz gesagt, dass Wohlen ein guter Wohnort ist. Ja, hinter dem steht der Gemeinderat ganz klipp und klar. Aber das heisst auch, dass wir unsere Liegenschaften entsprechend unterhalten und nachhaltig ausführen. Erst dann ist es Standortmarketing und gutes Standortmarketing. Wenn wir unsere Anlagen reinigungsmässig und vom technischen Betrieb verlottern lassen, das ist dies einfach schlecht für das Image von Wohlen. Wir werden, wenn die Kürzung angenommen wird, Einsparungen bei der neuen Hofmatten-Halle machen müssen. Mir ist nicht klar, ob dies allen Mitgliedern des Einwohnerrates bewusst ist. Es bedeutet konkret, dass wir beim privatrechtlichen Sport, welcher am Abend und an den Wochenenden stattfinden, sparen und nicht beim obligatorischen Turnunterricht am Tag. Wir werden dort Abstriche machen müssen. Wir werden nicht in der Lage sein, das im Bericht und Antrag beschriebene Szenario 3 umzusetzen, sondern müssen auf das Szenario 1 oder 2 zurückgreifen. Das bedeutet konkret, dass beispielsweise keine Handball- oder Unihockeyspiele an den Wochenenden mehr durchgeführt werden können. Diese Vereine werden betroffen sein. Ist dies der Fall, werden wir auch die beantragten Subventionen beim Swisslos-Fond – es handelt sich um einen zugesicherten Betrag zwischen CHF 200'000 und CHF 400'000 – nicht oder nur teilweise erhalten. Der Beitrag wurde in der Vorlage, bezüglich des Neubaus der Hofmatten-Anlage, an den Einwohnerrat sowie an das Volk entsprechend ausgewiesen. Ich möchte dies hier noch einmal ganz deutlich gesagt haben. Dies wird die Gemeinde ganz klar etwas kosten.

Abstimmung Ordnungsantrag

Der Ordnungsantrag wird 19 Ja-Stimmen zu 19 Nein-Stimmen und Stichentscheid des Präsidenten abgelehnt.

Donat Ruedi, Die Mitte: Die vorhin ausgesprochenen Drohungen von Vizeammann Thomas Burkard erachte ich einfach als anmassend. Der Gemeinderat hat uns vorliegend im Bericht und Antrag die Stellenprozent beantragt. Es hätte auch einen anderen Weg gegeben. Die Sportanlage Hofmatten ist im Rat unbestritten und es ist allen klar, dass die beantragten 200 Stellenprozente dafür benötigt werden. In der Privatwirtschaft käme niemand auf die Idee 17% für das Schulprovisorium Anglikon zu beantragen. Bei der Zivilschutzorganisation Aargau Ost wird 15%. Sowas würde nie beantragt werden. Solche Pensen müssen in bestehenden Pensen untergebracht werden. Bezüglich der P&R-Anlage unterstütze ich das Votum von Harry Lütolf. Erst vor vier Monaten wurde das Thema im Einwohnerrat diskutiert und abgelehnt. Und nun kommt der Gemeinderat damit wieder. Das geht einfach nicht.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Die Tonalität gegenüber meinen Gemeinderatskollegen und Vizeammann Thomas Burkard ist nicht angebracht. Es wurden in keine Art und Weise Drohungen ausgesprochen, sondern es handelt sich einfach um die Aufzeigung einer Tatsache. Dies ist die Aufgabe des Gemeinderates. Wir müssen Ihnen aufzeigen, was es braucht, um die Anlagen, welche vom Einwohnerrat und von

einer grossen Mehrheit der Bevölkerung bewilligt worden sind, werterhaltend zu betreiben und zu unterhalten. Das sind Tatsachen, darüber kann man so oder anders denken. Wenn Sie einen Entscheid fällen, hat der halt Konsequenzen. Wenn Sie sich dagegen entscheiden, dann stehen diese Mittel entsprechend nicht zur Verfügung und die Aufgabe wird nicht erledigt. Ich möchte Ruedi Donat auf das Sprichwort «auch Kleinvieh macht Mist» aufmerksam machen. Viele kleine ergeben auch irgendwann eine grosse Stelle. Wir haben dies ja auch aus diesem Grund so zusammengefasst. Die Beantragungen der kleinen Stellenprozente – welche moniert wurden – zeigen eigentlich genau das Kostenbewusstsein des Gemeinderates auf. Vorliegend wurde nicht einfach geschätzt oder aufgerundet, sondern es wurde mit den effektiven Zahlen basieren aus einer Fachberechnung gearbeitet. Vor Kurzem wurde die Rechnung 2021 durch den Einwohnerrat genehmigt. Darin enthalten ist auch der Stellenplan und darin weisen wir die Stellen genau aus. Beispielsweise werden darin die Stellen mit 111.85 ausgewiesen – somit keine andere Darstellung, bzw. Detaillierungsgrad, als die nun vorliegend beantragten 261 Stellenprozent. Es ist vom Einwohnerrat gewünscht, dass man sämtliche Stundenlohnstellen – um diese geht es vorliegend und deshalb auch die «komischen» Prozente – ebenfalls im Stellenplan ausweist. Dies wurde von uns so gemacht und entsprechend gibt es halt diese Darstellung. Ich muss schon sagen, Sie machen es uns nicht einfach. Schlussendlich geht es um die Konsequenzen, welche gefallene Entscheide mit sich bringen. Die Stellenaufstockung waren Bestandteile in den jeweiligen Bericht und Anträge – also der Vorlage Hofmatten und derjenigen der P&R-Anlage. Diese wurden beide vom Einwohnerrat behandelt. Zudem waren sie auch Bestandteile der jeweiligen Volksabstimmung. Bei der jetzigen Beantragung handelt es sich eigentlich um den Nachvollzug. Dies jetzt zu verwehren, funktioniert tatsächlich nicht. Wenn Sie von uns erwarten, dass wir die Tatsachen genau aufzeigen, wir das so machen und anschliessend monieren Sie, dass es viel zu genau sei und man soll doch einfach den gesunden Menschenverstand walten lassen und einfach etwas hinschreiben, dann wissen wir nicht, wie wir dem Ganzen noch gerecht werden sollen. Schlussendlich ist es unsere Aufgabe als Gemeinderat, Ihnen die Folgen aufzuzeigen. Dies hat Thomas Burkard gemacht. Aber Sie tragen schlussendlich die politische Verantwortung für Ihre Entscheide und Sie tragen die Verantwortung, wenn gewisse Dienstleistungen nicht mehr angeboten werden können. Sie tragen die Verantwortung als Einwohnerrat, wenn die P&R-Anlage – auch bei wenig Nutzern – nicht mehr gereinigt wird. Die Verunreinigungen passieren trotzdem. Wir haben unsere Schuldigkeit getan und haben die benötigten Mittel beantragt.

Abschliessend – damit man von der richtigen Grössenordnung spricht – wir sprechen gesamthaft von Lohnkosten im Umfang von CHF 161'000. Eine Kürzung von 61% entspricht einem gesparten Betrag von CHF 37'300 pro Jahr.

Meyer Meinrad, Die Mitte: Wenn der Gemeindeammann Arsène Perroud sagt, dass wir es dem Gemeinderat nicht einfach machen, dann kehre ich den Spiess nun um. Der Gemeinderat hat es uns nicht einfach gemacht. Dass es einfacher gehen würde, kann man im vorherigen Bericht und Antrag sehen. Darin standen verschiedene Stellen in einem Bericht und Antrag zur Diskussion. Wir konnten über jede Stelle in Prozenten abstimmen. Bei diesem Bericht und Antrag handelt es sich um eine Mogelpackung. Und genau so macht es uns der Gemeinderat wieder schwer. Eine Mogelpackung, in welcher alle Stellen mit 261 Prozent – zusammen in einem Antrag aufgeführt werden. Das ist es, was uns sauer aufstösst. Der Einwohnerrat würde gerne über einzelne Stellen befinden können. Dann wäre es überhaupt kein Problem.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Ich weise den Vorwurf, es handle sich um eine Mogelpackung, in aller Form zurück. Im Bericht und Antrag wird die Zusammenstellung der Stellen detailliert dargestellt. Das Votum von Meinrad Meyer ist nicht angebracht.

Abstimmung

Der Antrag der SVP (200%) wird dem Antrag der GLP/EVP (240%) gegenübergestellt:

SVP (200%)	20 Stimmen
GLP/EVP (240%)	17 Stimmen
Enthaltungen	1 Stimme

Der Antrag der SVP obsiegt.

Der Antrag der SVP (200%) wird dem Antrag des Gemeinderates (261%) gegenübergestellt:

SVP (200%)	20 Stimmen
GR (261%)	18 Stimmen

Der Antrag der SVP obsiegt.

Abstimmung

Dem abgeänderten Antrag des Gemeinderates

Bewilligung der Erhöhung des Stellenplanes der Einwohnergemeinde beim Bereich Planung, Bau & Umwelt um insgesamt 200 Stellenprozentente in der Abteilung Liegenschaften und Anlagen (Hauswartung und Reinigung) für die Objekte Sportanlage Hofmatten, Schulprovisorium Primarschule Anglikon, Zivilschutzorganisation Aargau Ost und P + R Bahnhofparking.

wird mit 35 Ja-Stimmen zu 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung zugestimmt.

Bericht und Antrag 15023 – Ausserordentliche Erhöhung des Stellenplanes aufgrund der Ukraine-Krise: Bereich Gesellschaft, Soziales & Bildung – Soziale Dienste

Heinrich Daniel, FGPK: Der Bericht und Antrag 15023 behandelt ein trauriges Kapitel. Es herrscht Krieg in Europa. Wir dürfen eines nicht vergessen, wir haben fast auf allen Kontinenten Krieg. Wir haben einen Bürgerkrieg in Südamerika, es gibt Krieg in Afrika, es gibt ihn überall. Es ist traurig, dass man im heutigen Zeitalter keine Lösungen findet am runden Tisch.

Seit dem Ausbruch des Krieges in der Ukraine sind Millionen auf der Flucht. Betroffen sind vor allem Frauen, Kinder und ältere Leute. Ein Drittel dieser Kinder und Jugendlichen befinden sich im schulpflichtigen Alter, welche Support und Leistungen benötigen. Einige tausend Flüchtlinge sind in der Schweiz schon angekommen. Es werden sicher noch viele folgen. Die in der Schweiz registrierten Personen mit dem Status S werden durch das Sekretariat für Migration den Kanton und Gemeinden zugewiesen. Diese wiederum sind für die Unterbringung und Betreuung zuständig. Aktuell sind in Wohlen 75 Leute mit dem Status S. Für die 75 Leute im Status S beantragt der Gemeinderat 100 Stellenprozent. Der Gemeinderat möchte gerne pro 100 Personen mit dem S-Status 100 Stellenprozent. Die Situation ist unklar. Man weiss nicht, wie viele Flüchtlinge nach Wohlen kommen werden. Aus diesem Grund möchte der Gemeinderat eine möglichst flexible Ausgangslage schaffen. Für die FGPK ist es ganz klar nachvollziehbar. Wenn es nach der Einschätzung des Staatssekretariats für Migration geht, werden bis Ende des Jahres 2022 gegen 200'000 Flüchtlinge Schutz suchen. Diese werden nach dem Verteilschlüssel den Kantonen und Gemeinden zugewiesen. Für Wohlen würde dies bedeuten, dass 300 Personen aufgenommen werden müssten. Die Stelle soll im Budget aufgenommen und jährlich überprüft werden. Bleibt der Personalbestand mit dem Status S weiterhin gleich hoch, möchte man mit der mittels Bericht und Antrag für die jährlichen Stellenbegehren die Stelle in den ordentlichen Stellenplan überführen. Die Kosten für diese Stelle werden vom Kanton an uns zurückvergütet. Die FGPK stimmt dem Antrag des Gemeinderates einstimmig zu.

Vogt Roland, Gemeinderat: Der Gemeinderat dankt dem Sprecher der FGPK für die gute Aufnahme dieses Geschäfts. Ausserordentliche Situationen brauchen manchmal ausserordentliche Anträge. Bei diesem Geschäft handelt es sich sicher um einen ausserordentlichen Antrag. Aktuell haben wir bereits 80 Personen, welche von den Sozialen Diensten betreut werden müssen. Diese Arbeit wird derzeit von bereits vorhandenen Mitarbeitenden übernommen. Zur Entlastung dieser Mitarbeitenden und für die zusätzlich vorausgesagten 200 bis 300 Flüchtlinge benötigen wir zusätzliche Stellen. Der Gemeinderat rechnet pro 100 Personen mit einer Vollzeitstelle. Die Vollzeitstelle die wird vom Kanton subventioniert. Es gibt pro Person pro Tag CHF 5.00. Wenn man das aufrechnet auf 100 Personen ergibt dies rund CHF 15'000 im Monat. Wenn die glückliche Situation eintreffen sollte, dass der Krieg vorbeigeht, die Geflüchteten in ihr Heimat zurückkehren können und in der Folge keine Sozialhilfe mehr benötigen, dann würden die Stellen wieder reduziert werden. Dies wurde entsprechend im Bericht und Antrag ausgeführt und wird selbstverständlich so umgesetzt. Der Gemeinderat dankt Ihnen für Ihre Unterstützung.

Fraktionsmeinungen

Pascolin Laura, SP: Der Krieg in der Ukraine hat in der Schweiz eine grosse Solidaritätswelle ausgelöst. Eine gespaltene Gesellschaft in Bezug auf die Asylpolitik scheint von gestern zu sein. Plötzlich sind sich alle einig. Die Hilfsbereitschaft ist beispiellos, aber nicht kostenlos. Das Schweizer Asylwesen ist eine Verbundaufgabe und somit besteht für die Gemeinden eine Aufnahmespflicht. Die Aufnahmespflicht umfasst nicht nur Bereitstellung von Wohnraum und Lebensmittel, sondern zieht eine ganze Bandbreite von Aufgaben mit sich. Der Sozialdienst prüft Gesuche um materielle Hilfe, sucht Wohnraum, organisiert Möbel, Möbeltransport, macht Assessments, gleist Massnahmen auf, managet die Unterkünfte, klärt die Zuständigkeiten, triagierte und holt Kostengutsprachen ein. Der Sozialdienst muss sich unzähligen Themen befassen. Weiter haben viele Gastfamilien Fragen und wenden sich diesbezüglich an die Sozialen Dienste. Diese fungieren als Anlaufstelle und Drehscheibe. Die Solidaritätswelle darf jetzt bei dieser fallgebundene Stellenerhöhung nicht brechen. Flüchtlinge und wir meinen alle Flüchtlinge, nicht nur die aus der Ukraine, brauchen fachgerechte, unkomplizierte und schnelle Betreuung durch die Sozialdienste. Zeitliche Verzögerungen in der Fallbearbeitung, mangels personellen Ressourcen, verursachen längerfristig hohe Kosten.

Unsere Fraktion erachtet die ausserordentliche Erhöhung des Stellenplans als absolut notwendig. Der kantonale Sozialdienst entrichtet zudem der Gemeinde Wohlen pro Tag und pro unterstützte Person mit Status S CHF 5.00. Die Kosten für die zusätzliche Stelle werden damit mitfinanziert. Die Gemeinde Wohlen trägt dem zufolge nicht die gesamten Kosten dieser zusätzlichen Stelle. Die SP-Fraktion wird dem Bericht und Antrag einstimmig zustimmen.

Parvex Olivier, GLP/EVP: Es ist Krieg in Europa, Daniel Heinrich hat es gesagt. Es ist aber nicht einfach Krieg, wie viele andere auf dieser Welt. Es ist ein Krieg, wo die Werte wie Demokratie, für welche wir und auch unser Parlament stehen, bedroht. Die Situation ändern oder den Krieg beeinflussen können wir leider auch nicht. Die Fraktion GLP/EVP ist aber der Meinung, dass es unsere Aufgabe ist, für die Menschen zu schauen, welche vom Krieg bedroht, auf der Flucht und auf der Suche nach Sicherheit sind. Und es gibt auch in unserer Gemeinde ein grosses Engagement von Privatpersonen, welche für die ukrainischen Flüchtlinge schauen. Welche Unterkünfte und Sicherheit bieten. Damit die Flüchtlinge und auch die Personen, welche sie unterstützen einen Ansprechpartner auf der Gemeinde haben, beabsichtigt der Gemeinderat bei den Sozialen Dienste eine zusätzliche Stelle zu schaffen. Aus unserer Sicht ist es wichtig, dass die Menschen gut und zügig unterstützt werden können. Für unsere Fraktion ist der Vorschlag des Gemeinderats, pro 100 Flüchtlinge mit Schutzstatus S vorübergehende eine 100%-Stelle zu schaffen eine sinnvolle Lösung. Die Stellen werden ausserdem vom Kanton mitfinanziert. Wir haben es gehört. Es kostet Wohlen wenig bis nichts. Wir sind aber auch realistisch und wissen, dass es sehr schwierig ist, auf dem Arbeitsmarkt qualifiziertes Personal zu finden. Es gelingt den Gemeinden nicht einmal alle bewilligten Stellen in den sozialen Diensten zu besetzen. Die GLP/EVP-Fraktion unterstützt den Antrag ausserdem, damit die Betreuung der anderen Klienten durch die Sozialen Dienste aufrechterhalten werden kann und nicht vernachlässigt wird. Wichtig ist für uns, dass die Stellen, wie vorgeschlagen einmal im Jahr ausgewiesen und bei einer Änderung der Ausgangslage wieder reduziert werden. Aber das haben wir ja dann in der Hand. Die Fraktion GLP/EVP stimmt dem Antrag des Gemeinderats einstimmig zu und bittet Sie, das auch zu machen.

Kündig Adrian, SVP: Gegen Ende Februar hat die sogenannte militärische Spezialoperation, wie das der russische Präsident bezeichnet, gegen die Ukraine angefangen. Wegen grausamem Mord an der Zivilbevölkerung und rücksichtslosen Zerstörung sind bis heute bereits Millionen von Menschen, meistens Frauen, Kinder und ältere Menschen geflüchtet. Auch wir in Wohlen haben einige Flüchtlinge aufgenommen und es ist absolut verständlich, dass die Leute Betreuung brauchen. Wir erachten die ausserordentliche Stellenerhöhung für die Personen mit Status S, eine Vollzeitstelle auf 100 Personen, als sinnvoll. Auch die flexible Anpassung der Stellenprozente, bei einer Zu- oder Abnahme der Anzahl von ukrainischen Flüchtlingen, finden wir gut. Wir stimmen dem Antrag einstimmig zu.

Matter Schlein Franziska, Grüne: Der Kanton und die Gemeinden sind zurzeit stark gefordert. Der hohe Zustrom von Flüchtenden aus der Ukraine braucht in kürzester Zeit geeignete Unterbringungsmöglichkeiten. Damit die Betreuung und Begleitung von diesen schutzsuchenden Personen gewährleistet werden kann, braucht es jetzt die zusätzlichen Stellen im Bereich Soziale Dienste. Die Gemeinde Wohlen hat die notwendigen Vorkehrungen zu treffen, um rechtzeitig das erforderliche Personal zu rekrutieren. Die Stellenprozente werden ausserordentlich gesprochen und können nach einer allfälligen Beruhigung der Lage mittelfristig wieder abgebaut werden. Sollte sich die prekäre Situation in der Ukraine trauriger Weise als längerfristig erweisen und der Personalbedarf weiter bestehen, müssen die Stellen mittels der jährlichen Sammelvorlage in den ordentlichen Stellenplan überführt werden. Im Bericht und Antrag wird entsprechend darauf hingewiesen. Die Fraktion von den grünen befürwortet den Bericht und Antrag.

Gregor Michelle, Die Mitte: Bei diesem Antrag handelt es sich um die Wahrnehmung und Umsetzung von gesetzlichen Aufgaben. Der Kanton und die Gemeinde sind gefordert, den geflüchteten Personen umgehend Hilfe in Unterbringung, Begleitung, Betreuung und Sozialhilfe zu leisten. Die Stellenerhöhung um 100% wird explizit an den Fallzahlen der ukrainischen Flüchtenden gebunden. Somit leistet sich die Gemeinde humanitäre Hilfe für Personen, welche durch den Krieg in Not geraten sind. Unsere Fraktion stimmt einstimmig für den Bericht und Antrag.

Keller Samuel, FDP/Dorfteil Anglikon: Die Fraktion FDP/Dorfteil Anglikon wird dem Antrag einstimmig zustimmen. Der Bericht und Antrag ist umfassend aufgebaut, erklärend und schlüssig in der Antragsformulierung. Für den Moment ist das ein sinnvolles Vorgehen. Wir geben unsere Solidarität und unser Mitleid gegenüber diesen Menschen auch kund. Gerne möchte ich von einem Beispiel erzählen, welches sich in meiner Firma zugetragen hat. Ein gestandener Rentner bestellte in der Firma eine Fahne. Ich spürte, dass ich ihn fragen musste, weshalb er diese benötigt. Unter Tränen erzählte er mir von seinem Mitgefühl für diese armen Menschen. Das ist das, was in der Bevölkerung geschieht. Ich glaube, wir müssen dem Antrag

zustimmen. Ich bitte den Gemeinderat allfällige private Gruppierungen, welche helfen zu unterstützen und diese nicht abzuweisen.

Einzelvoten

Lütolf Harry, Die Mitte: Ich möchte zur Antragstellung des Gemeinderats noch kurz etwas zu Protokoll geben. Im vorliegenden Bericht und Antrag geht es um die Ukraine. Darin zeigt uns der Gemeinderat sehr gut und detailliert auf, wie der Betreuungsaufwand aussieht – ganz spezifisch für die Menschen aus der Ukraine mit ihren sprachlichen Fähigkeiten und ihren spezifischen Bedürfnissen. Beim Lesen des Antrages ist mir aufgefallen, dass der Gemeinderat – wahrscheinlich unbewusst – diesen so formuliert, dass für 100 Stellenprozent auf 100 Personen mit Schutzstatus S vorgesehen sind. Hingegen steht im Antrag kein Wort über die Ukraine. Falls irgendwann einmal ein anderer Konflikt auf dieser Welt entsteht – zum Beispiel in Norwegen oder England – könnte für diese Personen dann ebenfalls der Schutzstatus S beschlossen werden. Was ich natürlich nicht hoffe. Diese Menschen haben jedoch wahrscheinlich ganz andere Bedürfnisse als jetzt die ukrainischen Flüchtlinge. Ich bitte darum, dass dann neu gerechnet wird. So wie der Antrag vorliegend formuliert ist, könnte man meinen, es gilt künftig für alle Flüchtlinge mit dem Schutzstatus S. Das darf natürlich nicht sein.

Abstimmung

Dem gemeinderätlichen Antrag

Bewilligung der ausserordentlichen Erhöhung des Stellenplanes der Einwohnergemeinde beim Bereich Gesellschaft, Soziales & Bildung um 100 Stellenprocente pro 100 Personen mit Schutzstatus S, welche auf Sozialhilfe angewiesen sind. Die Stellenprocente sind an die Fallzahlen gebunden, jährlich im Geschäftsbericht den Fällen gegenübergestellt auszuweisen und bei Rückgang der Fälle wieder abzubauen

wird einstimmig zugestimmt.

Kenntnisnahme Legislaturprogramm 2022-2025 (15020)

Isler-Rüttimann Sonja, FGPK: Ein Legislaturprogramm dient als strategische Richtschnur für die aktuelle Amtszeit, also für vier Jahre. Es liegt auf der Hand, dass die Zeit für das Erreichen der meisten Ziele nicht ausreicht. Das vorliegende Legislaturprogramm ist darum in vielen handlungsleitenden Grundsätzen gleich geblieben. Es wird eher allgemein gehalten und ist daher eher schlecht messbar. Im Rahmen des neuen Ressorts Volksschule hat die Schulleitungskonferenz an diesem Programm das erste Mal mitgearbeitet. Viele von den gesteckten Zielen haben auch Auswirkungen auf das Budget, weil sie zwangsläufig mit finanziellen Aspekten verbunden sind. Die FGPK hat bei ihrer Vorprüfung einige Punkte aufgegriffen und nähere Informationen dazu gewünscht. Zum Beispiel unter dem Punkt Präsidiales. Dort kann man lesen: «Das Leitbild der Gemeinde Wohlen ist überarbeitet und auf eine Zeitdauer von 10 bis 15 Jahre ausgerichtet.» Das Ziel ist aus dem letzten Legislaturprogramm übernommen worden und die FDPK hat sich die Frage gestellt, ob so eine Überarbeitung tatsächlich nötig ist und was dies kosten würde. Oder unter dem Punkt: «Wohlen als Zentrum einer starken Region.» Sind wir räumlich tatsächlich in der Lage, das Zentrum weiter auszubauen. Woher nehmen wir den nötigen Platz für die Erweiterung für das Betriebsamt? Wie soll dieses Ziel unter dem Aspekt erreicht werden? Auch unter dem Punkt «Politische Zusammenarbeit» wollten wir genauer wissen, was der Gemeinderat damit meint. Dies will bei der Auswertung der letzten Legislatur festgehalten worden ist, dass das Vertrauensverhältnis zwischen uns allen ein wenig in Mitgliedschaft gezogen worden ist. Die FGPK wollen wissen, ob dies aufgrund besonderer Vorkommnisse so aufgenommen wurde und welche Strategie der Gemeinderat hier verfolgt. Der Gemeinderat erklärte, dass sie auf eine offene und transparente Zusammenarbeit setzen und die etwas ruhigere Gangart wird auf den Wahlkampf im letzten Jahr zurückgeführt. Im Bereich Bildung geht es unter anderem um das Betriebskonzept von der Bibliothek. Die Raumproblematik ist dort schon längstens bekannt. Das ist nichts neues. Aber streckt man da die Fühler auch wirklich genügend aus, geht der Gemeinderat aktiv auf die Suche und prüft er aktiv Möglichkeiten in den entsprechenden Neubauten im Zentrum. Übrigens gerade eine gute Überlegung zum Thema Raumplanung: wie geht es weiter mit dem Jakob Isler-Areal? Man hört viel, passiert ist bis jetzt wenig Offensichtliches. Darf man tatsächlich mit einer zeitnahen Ausschreibung rechnen? Und wie geht es weiter mit den Kindergärten in Wohlen? Die Situation ist mehr als prekär. Die Dringlichkeit ist offenbar allen Beteiligten bewusst. Es gäbe aber viel dringlichere Projekte, die ebenfalls umgesetzt werden müssen. Wann darf man da mit einem konkreten Konzept rechnen? Eine weitere grosse Herausforderung ist die Sicherstellung der ambulanten medizinischen Versorgung in der Bevölkerung. Der Gemeinderat teilt mit, dass es an Räumen nicht fehlt. Man würde sogar gerne unterstützen und koordinieren. Es fehlt an Ärzten. Das wissen wir alle. Es ist ein bekanntes Problem. Aber was machen wir in Wohlen, dass ein Praxisstandort bei uns attraktiv ist? Viele und vor allem herausfordernde Ziele sind in diesem Legislaturprogramm enthalten. Fast alle sind irgendwie ineinander verzahnt und stehen in gegenseitigen Abhängigkeiten. Bei einigen dürfte die Umsetzung recht harzig werden. Wir hoffen, dass möglichst viele von den gesteckten Zielen umgesetzt werden können und erwarten gerne eine Standortbestimmung nach zwei Jahren – also nach der Hälfte von der Legislatur. Wir danken allen Verantwortlichen für die Ausarbeitung dieses Dokuments. Die FGPK nimmt das Legislaturprogramm zur Kenntnis danke.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Für die Zusammenfassung von diesen wesentlichen Fragestellungen, mit welchen sich die Gemeinde wohl in den nächsten paar Jahren beschäftigen muss. Bei der Erarbeitung vom Legislaturprogramm hat der Gemeinderat, in Zusammenarbeit mit sämtlichen Bereichsleitenden, der Geschäftsleitung und mit den Schulleitungsmitglieder – welche seit dieser Legislatur neu dabei sind und auch unter der Führung des Gemeinderats stehen – in zwei Klausurtagungen das Legislaturprogramm erarbeitet. Die Basis dafür war einerseits die Bevölkerungsprojektion 2050, also sprich wohin entwickelt sich Wohlen in den nächsten 30 Jahren? Welche Herausforderungen sind dort zu erwarten? Ein weiteres Thema war selbstverständlich die Auswertung des bestehenden Legislaturprogramms. Die letzten vier Jahre dienten als Basis für die Erarbeitung des neuen Legislaturprogramms. Aus dem Legislaturprogramm entwickelt die Geschäftsleitung Jahresziele und daraus wiederum wird das Budget, respektive der Investitionsplan erarbeitet. Dieser wird im Rahmen des Finanzplans dem Einwohnerrat zur Kenntnis gebracht. Wie es die Sprecherin der FGPK richtig gesagt hat, gilt das Legislaturprogramm über einen Zeitraum von vier Jahren. Darin enthalten sind viele Themen, welche man langfristig anschauen muss. Wir wissen alle wie langsam politische Prozesse andauern können. Wir wissen alle zusammen, dass es die Krisen gibt, dass es Pandemien gibt oder andere Vorkommnisse, welche eine Verzögerung mit sich bringen. Zudem gibt es manchmal politische Entscheide, welche manchmal die hehren Absichten und die hehren Pläne eines politischen Programms, wie das Legislaturprogramm, zum Scheitern bringen. Das erste

Mal hat der Gemeinderat im Jahr 2020 die Zwischenauswertung des Legislaturprogramms erstellt. In dieser Auswertung wird sachlich und nüchtern dargestellt, wie der Gemeinderat die Erreichung der Zielsetzungen einschätzt. Beschrieben werden darin Ziele, welche gute erreicht und solche welche nicht erreicht werden konnten. Dies nicht erreichten Ziele wurden entsprechend begründet. Falls Sie Fragen zu einzelnen Positionen im Legislaturprogramm haben, erteile ich sehr gerne Auskunft. Inhaltlich möchte ich jedoch nicht gerne weiter darauf eingehen. Der Gemeinderat ist sich bewusst, dass die Gemeinde Wohlen vor einigen Herausforderungen steht. Diese müssen in Zusammenarbeit mit dem Einwohnerrat, mit Kommissionen und der Bevölkerung in den kommen 20 bis 30 Jahren gemeistert werden. Dafür dient das Legislaturprogramm als strategische Richtschnur. Es zeigt auf, wohin sich die Gemeinde Wohlen entwickeln soll. Es dient dem Gemeinderat als Instrument, um die Tätigkeiten langfristig und zielführend umzusetzen. Ich danke herzlich für die positive Aufnahme und stehe für Fragen gerne zur Verfügung.

Fraktionsmeinungen

Breitschmid Manfred, SVP: Im Namen von der SVP-Fraktion danken wir dem Gemeinderat für das zeitnahe Vorlegen dieses Legislaturprogramms. Wir danken aber auch den Mitgliedern der Geschäftsleitung, welche an diesem Papier mitgearbeitet haben. Es ist ein guter Zeitpunkt, wenn so ein Legislaturprogramm vorgelegt wird. Und da möchten wir von der SVP auch den beiden Regionalredaktionen in Wohlen, dem Wohler Anzeiger und der Aargauer Zeitung für ihre jeweilige Berichterstattung danken. Vor allem vom Wohler Anzeiger werden immer wieder Hintergrundinformationen, Recherchen und anderes mitgeliefert. Wir erachten das Legislaturprogramm für ein sehr wichtiges Programm. Ein wichtiges Führungsinstrument, welches zeigt was der Gemeinderat in den nächsten vier Jahren realisieren will und auf was er die Schwerpunkte legt. Und vor allem steht darin, wie man die Zielsetzung auf die Verwaltung herunterbricht. Es handelt sich um ein Instrument, welches natürlich erst dann gut ist, wenn es griffig ist. Wenn das was darinsteht, überprüfbar ist und dann auch wirklich reflektiert wird. Was hat man erreicht, was nicht. Es liegt in der Sache, dass man nicht nach vier Jahren sagen kann, dass alles erledigt ist, sondern dass es weiter geht. Das macht ja auch Sinn. Damit hat eben das Programm nicht nur für vier Jahre, sondern eben für mehrere Jahre seine Gültigkeit. Wir danken auch dem Gemeinderat für den Rückblick. Wie wir gehört haben, das erste Mal. Ich habe die beiden Papiere angeschaut. Beim ersten würde ich sagen, dass es sich um ein ring zu lesendes «Nachtischpapier» handelt. Es ist grosszügig in der Aufmachung. Das finde ich super. Das kann man einfach so durchlesen. Das macht wirklich Freude. Es ist wie in der Wirtschaft bei grossen Konzernen, wenn Sie einen Vertrag bekommen. Das Wichtige ist nochmals grossgeschrieben und dann kommt das Kleingedruckte auf elf Seiten, was für mich zum Lesen wirklich zu einer Pflichtübung geworden ist. Als Einwohnerrat hat man die Pflicht das zu lesen, wenn der Gemeinderat schon so ein Papier vorlegt. Da muss man Durchbeissen und wirklich lesen. Aber es ist nicht ganz so eine leichte Kost gewesen. Am Anfang habe ich gedacht, da ist irgendwo noch ein Fehler drin. Irgendein Computer hat gewisse Sachen in die nächste Spalte genommen. Dann habe ich gemerkt, dass ist es ja wirklich auch nicht. Für mich war ein bisschen ein roter Faden in diesem Rückblick drin. Zeitmangel, Geldmangel, Ressourcenmangel. Das drückt bei diesem Papier etwas durch. Das mag vielleicht in vielen Teilen so sein. Das kann ich nicht abschliessend beurteilen. Aber die SVP dankt für die beiden Papiere. Ich würde mich dem Votum anschliessen – das hat man wahrscheinlich schon aus meiner Anfrage gemerkt – dass es so eine Zwischenstandortbestimmung gibt. Wo steht man so etwa nach zwei Jahren.

Auf zwei nicht ganz unwichtige Punkte möchte ich eingehen, welche vielleicht etwas Typisches enthalten. Ein Punkt ist das Alter. Das ist im alten Legislaturpapier enthalten «*Visionen im Alter sind erarbeitet.*». Dann lese ich im Kleingedruckten, dass ein Antrag an die Stiftung «Age» gestellt wurde, welche Projekte finanziert. Weil die Stiftung jetzt nicht finanziert, hat man auch die Visionen offenbar nicht weiterverfolgt oder nicht weiterverfolgen können und sie sind wieder neu drin. In meinem Büchergestell habe ich ein vergilbtes Papier aus dem Jahr 1993 gefunden. Ich weiss nicht, wie weit das jemals aktualisiert worden ist. Es handelt sich um das Altersleitbild der Gemeinde Wohlen. Der Gemeinderat Dieter Gerber hat dies mit seiner Arbeitsgruppe gemacht. Darin ist noch so ein kleines Highlight. Darüber kann man schmunzeln. Sie haben da auch zu verschiedenen Punkten Stellung genommen. Der Frauenverein Wohlen besorgt für 120 Betagte und Patienten im Bifang wöchentlich den Wäsche- und Flickdienst. Die Arbeit wird freiwillig und ehrenamtlich geleistet. Und man sieht was für ein Denken in diesem Papier drin ist. Man sieht das im Moment in Niederwil, wo so ein Papier gerade erarbeitet wird. Wenn es jetzt wieder im Legislaturprogramm drin ist, wäre es schön, wenn man dieses Mal ein bisschen weiterkommen würde. Ich sage danke zum Vorlegen dieses guten Führungspapier.

Pascolin Laura, SP: Die SP-Fraktion nimmt zur Kenntnis, dass das neue Legislaturprogramm nur einige neue Ziele gegenüber vom alten Legislaturprogramm aufweist. Die Formulierung von den Zielen erlebt

einen grossen Spielraum in der Interpretation. Bei den handlungsleitenden Grundsätzen wird von interessanten Arbeitsplätzen gesprochen. Solch interessante Arbeitsplätze sind nur durch eine strategische Entwicklung und die Förderung der Standortattraktivität für ansässige und neue Unternehmen möglich. Die handlungsleitenden Grundsätze sollten alle Akteure berücksichtigen, also auch die Unternehmen. Das Legislaturprogramm ist ein wichtiges Führungsinstrument und eine konkrete Zielformulierung verlangt. Die Indikatoren sowie die geplanten Massnahmen sind nicht immer sichtbar oder greifbar. Zum Beispiel auf der Seite 6 steht beim 2. Absatz, dass der Aufbau der regionalen Standortförderung durch die Gemeinde angestossen ist. Sie übernimmt dabei eine tragende Rolle. Wie soll man sich das vorstellen?

Bei den Finanzen und Ressourcen hat der Gemeinderat auch nicht viel Fantasie gezeigt. Im Bereich Finanzen wird immer von einer Eigenfinanzierung von jährlich CHF 4 bis 5 Mio. ausgegangen oder angestrebt. Diese Mindestgrösse sollte doch der steigenden Verschuldung angepasst werden, also nach oben. Ob man dann das Ziel erreicht, ist eine andere Frage.

Bei den Legislaturzielen der auf der Seite 6 einzelnen Ressorts und dem Bereich Gesellschaft, Soziales & Bildung sollte aus unserer Sicht die Sicherstellung der ambulanten medizinischen Versorgung an erster Stelle stehen. In diesem Zusammenhang nehmen wir an, dass die Legislaturziele von den einzelnen Ressorts nicht nach Priorität aufgelistet sind. Zu der Auswertung vom Legislaturprogramm 2018-2021 bedankt sich die SP-Fraktion für die Transparenz und wir wünschen uns zukünftig eine jährliche Auswertung. Schliesslich hat die Halbzeitauswertung im Jahr 2020 auch zur Transparenz beigetragen. Die SP-Fraktion nimmt das Legislaturprogramm 2020-2025 zur Kenntnis.

Donat Marc, Die Mitte: Die Mitte Fraktion nimmt das Legislaturprogramm zur Kenntnis. Programmpunkte von den einzelnen Ressorts sind klar und zeigen die Handlungsschwerpunkte bis ins Jahr 2025. Jedoch müssten eigentlich auch für unsere Fraktion die einzelnen Programmpunkte und Ziele messbar formuliert sein, wie es bereits die FGPK angemerkt hat. Wohlen steht in Bezug auf die finanzielle Situation vor grossen Herausforderungen. Dies aufgrund von sehr hohen Investitionen und der Verkehrssituation, welche gelöst werden muss. Der Investitionsstau der vergangenen Jahre kommt im Moment voll zum Tragen. Als Zentrumsgemeinde müssen wir eine gute Infrastruktur bieten können und wir müssen attraktiv für das Gewerbe sein, damit auch in Zukunft weitere Arbeitsplätze generiert werden können. Ein Highlight fand am letzten Wochenende statt. Das erfolgreich durchgeführte Jugendfest zeigt, wie wichtig auch die Förderung von den Kindern und von Jugendlichen ist. Dazu können wir mit einer umsichtigen Planung beitragen. Sei es bei der Schulraumplanung, bei der Sicherheit wie auch beim Verkehr. Es bleibt also spannend mit sehr vielen Herausforderung. Auch wir danken dem Gemeinderat und der Verwaltung für die Erarbeitung von diesem Legislaturprogramm und nehmen es zur Kenntnis.

Stäger Philipp, GLP/EVP: Uns ist aufgefallen, dass gewisse Ziele schwer messbar sind und dass sie einen gewissen Spielraum für Interpretation zulassen. Dies wurde jedoch bereits an anderer Stelle erwähnt, weshalb wir hier nicht weiter darauf eingehen möchten. Zudem ist aufgefallen, dass diverse Ziele aus dem Legislaturprogramm 2018-2021 im neuen Programm wieder aufgenommen wurden. Eines dieser wiederkehrenden Ziele ist der Wirtschaftsraum Wohlen, welcher als attraktiver Standort für Unternehmen wahrgenommen werden soll. Aufgrund der Auswertung der letzten Periode wurde angegeben, dass es aufgrund der Corona-Situation nicht möglich war. Rückblickend ist es immer einfach, Kritik anzubringen. Doch evtl. bieten genau solche Situationen die Möglichkeit, sich durch innovative Aktionen, von anderen Gemeinden abzuheben.

Zum Lesen war es mit den zwei verschiedenen Papieren etwas mühsam. Vielleicht wäre es eine Möglichkeit, das Legislaturprogramm wie den Jahresbericht aufzubauen. So würde man auf Anhieb sehen, wie es weitergeht und welche Ziele schon bestanden und wieder übernommen werden. Die Fraktion EVP/GLP erachtet das Legislaturprogramm als ein sinnvolles Steuerungsinstrument mit Weiterentwicklungspotenzial und ist gespannt auf den «Zwischenbericht mit Auswertung» in spätestens zwei Jahren. Wir nehmen das Legislaturprogramm 2022-2025 zur Kenntnis.

Keller Anna, Grüne: Der Gemeinderat hat das Legislaturprogramm erarbeitet. Es dient ihm als Leitschnur für seine Arbeit. Wir können aber unsere Meinung dazu kundtun, mit der Hoffnung natürlich, dass wir gehört werden. Für ist vor allem die Auswertung vom Legislaturprogramm 2018-2021 spannend gewesen. Darin konnte man verfolgen was gut gelaufen ist und was nicht. Speziell wichtig ist uns dann auch die Raumplanung auf Seite 11. Insbesondere die revidierte Bau- und Nutzungsordnung. Diese bestimmt für jeweils etwa 15 Jahren, was möglich ist beim Bauen in Wohlen und welche Vorschriften gelten. Haben da neue Ideen Platz oder werden sie verhindert? Und wenn ja welche? In diesem Zusammenhang sind dies ganz wichtige

Fragen. Zudem interessieren uns natürlich besonders die Aussagen auf der Seite 12, unter dem Titel «Umwelt, Energie und Klima». Wo wachsen nämlich in Wohlen nicht nur die Häuser in die Höhe, sondern hoffentlich auch die einheimischen Bäume, Sträucher und Begrünungen an der Fassade. Eben alles was Schatten spenden und für Tiere und Menschen bekömmlich ist. Wie können Gärten angenehme Aufenthaltsort sein statt Steinwüsten, vor welchen alle flüchten müssen. Und kann die Gemeinde die Privaten dabei unterstützen. Wie werden die Gebäude überhaupt gebaut oder renoviert, damit sie wenig Energie brauchen und angenehm zu Leben sind. Kann die Gemeinde auch hier Private hilfreich unterstützen und beraten. Das sind alles wichtige Aspekte für die Lebensqualität in Wohlen. Wir haben das Legislaturprogramm in diesem Sinne zur Kenntnis genommen.

Heinsalo Mika, FDP/Dorfteil Anglikon: Die Fraktionen FDP/Dorfteil Anglikon hat das Legislaturprogramm 2022-2025 mit viel Interesse gelesen und zur Kenntnis genommen. Über den Sinn und Zweck eines Legislaturprogramm ist heute genug geredet worden. Im Kapitel 2 ist geschrieben, dass das Legislaturprogramm die konkreten Ziele erläutert, wo der Gemeinderat in der kommenden Legislatur erreichen will. Konkrete Ziele sind nur so gut, wie sie auch spezifisch, messbar, akzeptiert, realistisch und terminiert sind. Das berühmte «Smart». Es muss aber zudem gezeigt werden, wie man die konkreten Ziele erreichen will. Aber nur erreichte Ziele erhöhen die qualitative Beurteilung des Legislaturprogramms. In den letzten Jahren hat die Erreichung der Ziele jedoch ein wenig gelitten. Wir stellen lediglich eine leichte qualitative Verbesserung der Zielerreichung gegenüber dem vorangegangenen Legislaturprogramm fest. Es scheint uns, dass die aktuellen Ziele tiefer definiert worden sind. Das ist «Smart», dass sie vielleicht eher realistisch und erreichbar sind. Das Legislaturprogramm ist auch ein internes Leitbild, dass bis auf die Mitarbeiterenebene eingepflegt werden sollte. Die Auswertung des Legislaturprogramms zeigt die noch offenen Punkte sachlich auf und die noch nicht erreichten Ziele werden ja logischerweise in das neue Legislaturprogramm aufgenommen, wenn sie noch aktuell sind. Wenn die Ziele auch schon «Smart» waren, könnte man sie objektiv – vielleicht in Zukunft über Externe – beurteilen.

Kenntnisnahme des Legislaturprogramms 2022-2025.

Antwort zur Anfrage 15003 zum Legislaturprogramm 2018-2021 des Gemeinderates Wohlen

Breitschmid Manfred, SVP: Ich bin nur teilweise zufrieden mit den Antworten, verlange jedoch keine Diskussion.

Cyrille Meier, Präsident: Ich danke Ihnen für Ihre Mitarbeit. Auch ich kann mit Stolz behaupten, dass ich sehr gerne in Wohlen wohne. Die nächste Einwohnerratssitzung findet am 29. August 2022, voraussichtlich um 19.00 Uhr, statt. Ich wünsche Ihnen schöne Sommerferien, eine gute Nacht, gute Erholung und bleiben sie gesund. Ich erkläre die Sitzung für geschlossen.

Für das Protokoll


Cyrille Meier
Präsident


Michelle Hunziker
Gemeindeschreiber-Stv.